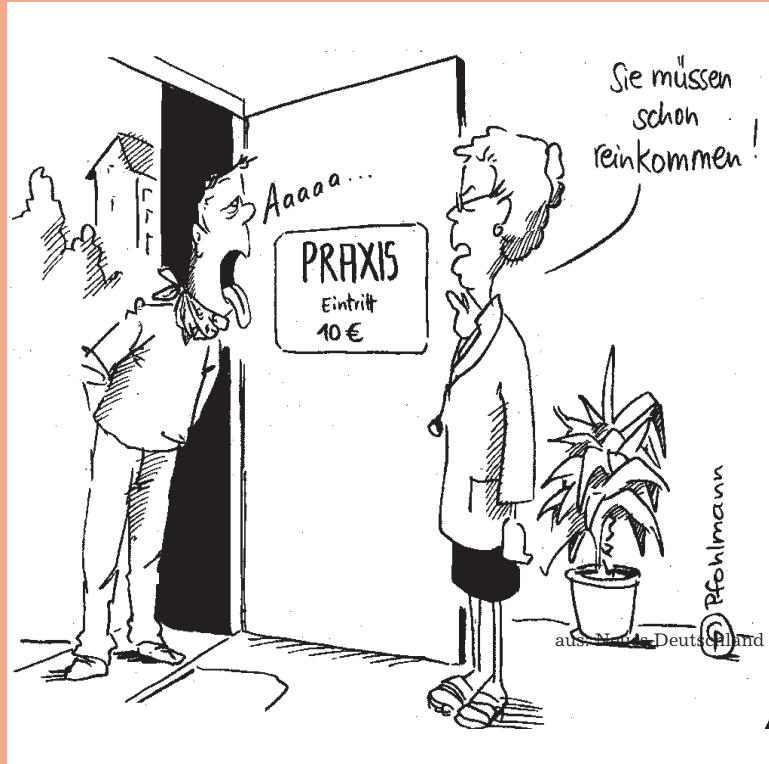


Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



+++ Große-Koalition-Gesundheitsreform: Echt „Neue Mitte“: bürgerlich und unsozial 3
+++ US-Besatzungsregime im Irak: Freiheit, die sie meinen 7
+++ Vor einer aufschlussreichen Abstimmung: Bücherbegehren in München – Die Argumente 12
+++ Belegschaften werden immer älter – Aus der Diskussion der IG Metall: Man darf Anlagen nicht nur für 26-Jährige bauen 16
+++ Öcalan fordert Fahrplan für eine politische Lösung der kurdischen Frage in der Türkei bis September: „Wir bevorzugen einen Volkskongress Kurdistans“ 19



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de - Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/ 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60, Sozialabo: 46,80. Ausland: +6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

PROTEST GEGEN FOLTER-URTEIL.

Azadi, Rechtshilfeverein für Kurden in der BRD, reagiert empört auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Wir dokumentieren: „Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden“ steht in der 1952 von Deutschland ratifizierten Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte. Das Bundesverfassungsgericht mochte diesem Grundsatz offenbar nicht mehr folgen. In einem gestern veröffentlichten Beschluss hat es entschieden, dass Verdächtige auch in Länder ausgeliefert werden dürfen, in denen gefoltert wird. Ein früherer indischer Staatsbürger hatte gegen den Auslieferungsantrag Indiens Verfassungsbeschwerde eingelegt, die von der Mehrheit des Zweiten Senats abgewiesen worden ist. Diese Entscheidung wurde u. a. damit begründet, dass Folter in Indien gesetzlich verboten sei und vom Staat nicht zielgerichtet gefördert würde. Deshalb seien Auslieferungshindernisse nicht erkennbar. Das Gericht bezog sich außerdem auf den seit Juni 2001 bestehenden Auslieferungsvertrag zwischen Deutschland und Indien. Dies sei hinreichendes Indiz dafür, dass in diesem Land die Menschenrechte geachtet würden, obwohl selbst das Auswärtige Amt und Amnesty International von Folter durch die Polizei und desolaten Haftbedingungen in Indien berichten. Diese Entscheidung der obersten Verfassungsrichter ist gefährlich und scharf zu verurteilen. Durch sie werden nicht nur Folter und Misshandlungen verharmlost, sondern Folterstaaten geradezu ermuntert, ihre menschenrechtswidrige Praxis fortzusetzen. Das Urteil öffnet zudem künftig Gerichten Tür und Tor, strafrechtlich Beschuldigte oder auch politische Flüchtlinge auszuliefern oder abzuschicken. Was mit ihnen dort geschieht, wird die Richter nicht mehr interessieren. Folter muss geächtet werden – weltweit.

GEWERBESTEUERREFORM. In der letzten Ausgabe hatten wir noch eher erfreut über einen Antrag von SPD und Grünen-Fractionen im Bundestag berichtet, in dem in sogenannten Eckpunkten das Modell des Deutschen Städtetags für eine Reform der Gewerbesteuer im Wesentlichen übernommen wurde.

Jetzt haben sich Wirtschaftsminister Clement und Finanzminister Eichel offensichtlich darauf verständigt, dass damit nichts wird. Sie lehnen den Antrag der Regierungskoalitionen vor allem in zwei Punkten ab, so berichtet die *Süd-deutsche Zeitung*: Zwar sollen die Freiberufler einbezogen werden, aber die Industrie soll nicht stärker belastet werden. Der Städtetag hatte vorgesehen, dass Kreditzinsen, Mieten und Leasingraten, die Unternehmen bezahlen, ebenfalls der Besteuerung unterliegen. Damit wären Unterschiede in der Eigenkapitalausstattung von Unternehmen steuerlich

unwirksam; zugleich würden Umgehungstatbestände damit verhindert (Gebäudeholding mit Sitz in Billighausen vermietet an die Firma, die dadurch Verluste macht und in Teuerstadt keine Gewerbesteuer zahlt). Das Modell des Städtetags würde dazu führen, dass die Gewerbesteuer auch von Firma gezahlt werden muss, die Verluste machen – was ja nicht verkehrt wäre, denn so wie Strom, Gas und Wasser auch von Firmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu zahlen sind, so wären die kommunalen Leistungen ebenfalls abzugelten.

Der Finanzminister knickt aber ein vor den Drohungen aus den Unternehmerverbänden. Er bietet den Kommunen als Ausgleich an eine Erhöhung des Anteils an der Umsatzsteuer, das ist aber keine gute Lösung. Die Verteilung der Umsatzsteuer zwischen den Gemeinden beruht auf einem alten Schlüssel, der sich nach der 1997 abgeschafften Gewerkekapitalsteuer richtet; er würde (ehemals) weniger industrielle Städte gegenüber anderen benachteiligen. Die SPD-Fraktion tönt noch mit starken Worten, dass sie Eichel nicht nachgeben werde; bei den Grünen gibt's schon Zustimmung. Der Städtetag hat Protestdemonstrationen wie die von Bürgermeistern in Bering/Bayern angekündigt: „Das können wir auch nach München und Berlin tragen.“ Eine Entscheidung soll im Bundeskabinett am 13. August getroffen werden.

KAPITALISTEN-UNI. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) haben eine gemeinsame Broschüre zur Hochschulpolitik vorgelegt. Darin wird Druck gemacht für kapitalkompatible Universitäten, nach dem Motto, weniger Staat mehr Kapital. Wir zitieren: „Alle Akteure in der Hochschulpolitik sind sich einig, dass die Hochschulen erheblich verbesserte Rahmenbedingungen benötigen, um im stärker werdenden internationalen Wettbewerb erfolgreich agieren zu können. Die bisherigen, zum Teil noch als Einzelmaßnahmen durchgeführten hochschulpolitischen Reformmaßnahmen reichen nicht aus, um den staatlichen Hochschulen die notwendigen Handlungsspielräume zu eröffnen. So sehr Globalhaushalte, Experimentierklauseln, Hochschulräte, Zielvereinbarungen oder Elemente einer leistungsorientierten Bezahlung die überfällige Modernisierung der Institution Hochschule vorantreiben können, so sehr fehlt bislang die Umsetzung eines umfassenden und in sich schlüssigen Gesamtkonzeptes für auf Exzellenz ausgerichtete und im internationalen Wettbewerb erfolgreiche Hochschulen.“

HINWEIS IN EIGENER SACHE: Der GNN Verlag in Stuttgart macht Ferien. Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint daher erst in vier Wochen wieder am 28. August.

Echt „Neue Mitte“: bürgerfern und unsozial

Beherzigen wir ruhig den Rat der Gesundheitsministerin von der SPD und ihres Vorgängers von der CSU: Greifen wir nicht einfach einzelne Punkte raus und sagen dann, das ist sozial ungerecht und trifft die Falschen, sondern lassen wir uns auf die Gesamtkonstruktion der jetzt als Eckpunkte verabschiedeten Gesundheitsreform ein.

Beseitigung der Über-, Unter- und Fehlversorgung, das sei das Ziel der jetzt von allen Bundestagsparteien (außer der PDS) ausgehandelten Gesundheitsreform, sagen die Beteiligten. Hier kann bestimmt in vielem ein breiter gesellschaftlicher Konsens festgestellt werden, am weitgehendsten wahrscheinlich bei dem Punkt Unterversorgung.

Unterversorgung

Fest steht, dass in der Bundesrepublik die ärztliche Versorgung nicht immer optimal ist, die Beispiele sind in der Öffentlichkeit ausbreitet worden: Bluthochdruck wird nicht oder zu spät behandelt, Diabetiker erleiden unnötige Amputationen, Schmerzpatienten erhalten zu spät oder zu gering dosierte Betäubungsmittel, die Gesundheitsvorsorge ist unterentwickelt und so weiter. Ressourcen werden vergeudet, der Patient leidet, und selbst wenn Einzelne daran verdienen sollten, wünscht das niemand.

Die Gründe für Unterversorgung sind komplex: Manches kommt aus früheren Kostendämpfungsvorschriften, die die Politik in das Gesundheitswesen gedrückt hat, manches kommt aus unzureichender Bildung und Fortbildung des medizinischen Personals, anderes vielleicht wieder aus mangelnder Aufklärung der betroffenen Kranken – hier gibt es einen Katalog von Maßnahmen, gegen die jetzt im Grundsatz niemand Protest erhoben hat. Ob einzelne Maßnahmen zur Steuerung immer die besten sind, wird die Praxis, und zwar am besten in der Kooperation aller Beteiligten, erweisen, und man kann hoffen, dass dies dann zu weiterer Optimierung führt.

Fehlversorgung

Die Abgrenzung zur Unterversorgung ist eher was für Spezialisten, aber was ungefähr gemeint ist: Es geht hier nicht um einzelne Fehler der ärztlichen Kunst, sondern um systematische Fehlversorgungen (wobei der Bereich natürlich schwieriger ist als die Qualitätskontrolle bei der Autoreparatur, da Misserfolge bei einer medizinischen Behandlung in weit geringerem Maße ausgeschlossen werden können).

Aber dass Verbesserung möglich sind, ohne dass zusätzlich Geld ins System gepumpt werden muss, scheint zuzutreffen. Das Sachverständigengutachten für das Gesundheitswesen hat sich schon vor

zwei Jahren ausführlich damit befasst (siehe auch *Politische Berichte* 19/2001) und hat in diesem Jahr alleine über 100 Seiten dem Problem gewidmet, wie Fehlversorgungen besser vermieden werden können. Das reicht vom Patientenpass, der dem behandelnden Arzt frühere Krankheiten mitteilt, über Fehlermanagementsysteme in den Krankenhäusern, über Patientenbefragung und -beteiligung bis hin zu Auswertung der Erfahrungen in anderen Industrieländern und Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Symptomatik bei vielen Erkrankungen.

Auch gegen die hier geplanten Maßnahmen in der Gesundheitsreform ist öffentliche Kritik kaum zu vernehmen, nachdem die Politik gegenüber den Ärzten klargestellt hat, dass die Qualitätssicherungsinstitutionen nicht zur Beaufsichtigung und Maßregelung der Ärzteschaft gedacht sind, sondern als Hilfestellung. Hier wird die Praxis hoffentlich ebenfalls angemessene Verfahren entwickeln helfen.

Überversorgung

Hier wird's schon kritischer, weil es geht bei den Anbietern um ein Geschäftsfeld und bei den Abnehmern darum, wer's bezahlt. Da ist zum einen der Bereich, in dem Patienten Leistungen aufs Auge gedrückt werden, die sie nicht haben wollen oder die ihnen direkt schaden. Das gehört aber eigentlich mehr in den schon abgehandelten Bereich der Fehlversorgung (Beispiel: noch eine Röntgenaufnahme, obwohl beim zuvor behandelnden Arzt bereits eine vorliegt) und kann mit den dort beschriebenen Maßnahmen abgestellt werden.

Dann aber der Bereich, wo ein Übergang zur persönlichen Lebensführung stattfindet. Trivial ist noch das Beispiel

der Pille „erekutive Dysfunktion“, die laut Eckpunktepapier nicht mehr bezahlt werden soll. Schwieriger ist es dann bei der Brille, die künftig (außer bei schweren Sehbehinderungen und bei Kindern und Jugendlichen) vollständig eigenfinanziert werden soll, wobei der Symbolgehalt für viele größer ist als die tatsächliche Kostenbelastung (aber nicht für alle). Auf diesem Gebiet haben sich Gewohnheiten herausgebildet, die sich ja auch wieder ändern können. Aber, und ein dickes Aber ist anzusetzen: Hier wird betrogen.

Betrug bei den Kosten

Ob jetzt die Kosten für die Brille zu hundert Prozent vom Versicherten getragen werden oder ob die „Kassengläser“ ersetzt werden, trifft einige hart, könnte aber von vielen hingenommen werden, wenn die Kostenersparnis, die zunächst bei der Krankenkasse und dann vermittelt beim Beitragszahler landet, letztlich beim Versicherten landen würde.

Aus der Tabelle auf der nächsten Seite ist jedoch ersichtlich, was geschieht:

9,9 Milliarden Euro sollen im nächsten Jahr weniger an Beiträgen in die Krankenversicherungen gezahlt werden (bis 2007 sollen es dann 14,6 Milliarden Euro sein). 2004 teilen sich diesen Betrag die Versicherten und die Arbeitgeber. Bleiben bei den Versicherten also rund gerechnet 5 Mrd. Euro weniger Beiträge. Dafür erhält er 2,5 Mrd. Euro weniger Leistungen, muss 3,3 Mrd. Euro mehr Zahlungen leisten, muss der rauchende Teil 1 Mrd. mehr Tabaksteuer zahlen, und die Rentner haben eine Erhöhung ihrer Beiträge von 1,6 Mrd. zu leisten. Alles saldiert: 8,4 Mrd. Euro Mehrbelastung, 5 Mrd. Entlastung macht eine Mehrbelastung bei den Versicherten von 3,4 Mrd. Euro. Vorteil bei den Kapitalisten: fast 5

Dokumentiert: Erklärung der Gesundheitsministerin Ulla Schmidt

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Eckpunkte zur Gesundheitsreform liegen vor ... Wir können beispielsweise dafür sorgen, dass künftig veraltete, unzureichende Behandlungen wirklich die Ausnahme sind. Die Stiftung und das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Medizin wird mehr Durchblick ermöglichen. Der Nutzen von Medikamenten wird auf den kritischen Prüfstand gestellt. Es geht um echten medizinische Innovationen und nicht um Scheinnovationen. Früher hieß es: Halbgott in Weiß. Ich will, dass man künftig – meinetwegen immer noch ironisch – mit Blick auf Ärzte sagt: Halbgott, der Bescheid weiß! Und deswegen

wird es eine Fortbildungsverpflichtung für Ärzte geben.

Mehr Effizienz für eine bessere Qualität – das ist das Credo!

Wir werden auch Belastungen vorschlagen. Aber wer sich vorsorgend und bewusst verhält, kann seine Belastungen reduzieren. Denn die Über-, Unter-, Fehlversorgung im deutschen Gesundheitswesen bedeutet, dass sich jeder und jede bewegen muss.

Stellen sie sich vor, man müsste Angst haben, dass Vater oder Mutter nicht mehr die medizinische Behandlung bekommen, die sie benötigen. Das mag in anderen Ländern so sein. Zu unserer Kultur gehört das jedenfalls nicht. Wir wollen nicht, dass sich das ändert. Und das wird sich nicht ändern. Denn für uns gilt: Gesundheit geht vor!

Ihre Ulla Schmidt

Mrd. Euro; selbst wenn man sagen würde, die sogenannten Struktureffekte von 1,5 Mrd. Euro, die bei Arzneimitteln usw. herauskommen sollen, würden auch voll zu Lasten von Kapitalisten gehen, bliebe immer noch ein Nettovorteil von wenigstens 3,5 Mrd. Euro.

Das ist dreist! Und wie aus den Zahlen ersichtlich, soll das in den folgenden Jahren noch dreister werden: Der Zahnersatz soll als Versicherungsleistung wegfallen (muss dann privat versichert werden, was an sich noch nicht das Drama ist), diese Einsparvolumen soll dann ausschließlich den Kapitalisten zugute kommen; der Beitragssatz für die Arbeitgeber sinkt, für die Arbeitnehmer dagegen steigt er sogar wieder leicht!

Gegen diese doch äußerst ungerechte Umverteilung würde eines helfen: Die Arbeitgeber werden gesetzlich verpflichtet, den Vorteil sinkender Krankenkassenbeiträge als auszuzahlende Lohnerhöhung an die Beschäftigten weiterzugeben.

Zukunftsperspektiven

Fazit: die Gesundheitsreform ist irgendwie typisch rot-grün. Sie stärkt Elemente der Selbstbestimmung, weil dafür steht die „Neue Mitte“; sie ist aber brutal in den sozialen Differenzierung. So erhält die Beteuerung, man wolle auf keinen Fall eine Klassenmedizin, einen

schlechten Beigeschmack. Zwar wird es kein Zurück geben in die 50er und 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts, mit dem Erste-, Zweite- und Dritte-Klasse-Patienten, das ist bis etwa Anfang der 80er Jahre ständig abgebaut worden. Aber was sich seither entwickelt hat, ist der Graubereich zwischen medizinisch nötiger und damit versicherbarer Leistung und dem mehr dem Lebensstil und damit marktförmig organisierbaren Gesundheitswesen. Aufzupassen ist, dass mit der notwendigen Abgrenzung nicht die „Billigversicherung“ neben dem gehegten und gepflegten Privatbereich übrig bleibt.

Die Diskussion um den weiteren Umbau des Gesundheitswesens zeigt leider auch in diese Richtung weitere Risiken.

Das Schlagwort heißt Bürgerversicherung; Bürger ist immer gut, assoziiert es doch weniger Bevormundung, mehr Selbstbestimmung. Aber was ist geplant? Diese Versicherung soll erst einmal alle umfassen, auch Selbständige und Beamte; die genaue Beitragsgestaltung ist noch offen, ob als Prozentsatz vom Einkommen (auch aus anderen Quellen als Erwerbstätigkeit) oder als Kopfprämie wie in der Schweiz. Wobei das Modell der Schweiz, das sich historisch anders entwickelt hat, sehr große Umstellungen und drastische Schnitte mit sich brächte und mir daher unwahrscheinlich scheint. [In

der Schweiz ist jeder ständig sich dort Aufhaltende für eine Grundversorgung mit Selbstbehalt versicherungspflichtig, ob Mann, Frau oder Kind (ab dem dritten Lebensmonat), erwerbstätig oder nicht. Mit welcher Firma man eine Versicherung abschließt und welche Zusatzleistung die enthält, ist jedem individuell überlassen; auch die Beiträge variieren daher. Der Mindestbeitrag liegt derzeit bei 230 Franken pro Kopf. Für Arme gibt's Zuschüsse vom Kanton.]

Das Modell eines prozentual einkommensabhängigen Versicherungsbeitrags für jeden und jede mit Wahlfreiheit innerhalb gewisser Grenzen, was man versichern möchte und was nicht, hat sicher was für sich. Eine solche Bürgerversicherung enthält Momente der größeren Individualität, ist vom Arbeitgeber unabhängig und staatsferner. Es enthält ein Moment der Frauenemanzipation; die Mitversicherung der Ehefrau (bei Übernahme des Schweizer Modells sogar der Kinder) verschwindet; allein schon diese Umstellung macht längere Übergangsfristen nötig.

Aber wie bei der jetzigen Reform: Wenn das nicht zugleich mit einer entsprechenden Erhöhung des ausgezahlten Lohnes verbunden ist, wird das nichts als eine brutale Umverteilungsaktion zugunsten der Kapitalisten.

alk

Modellrechnung ab 2004:									
Jahr	2004		2005		2006		2007		
Geschätzte Entlastungen									
Leistungsausgrenzungen	2,5 Mrd.		2,5 Mrd.		2,5 Mrd.		2,5 Mrd.		
Zuzahlungen	3,3 Mrd.		3,3 Mrd.		3,3 Mrd.		3,3 Mrd.		
Tabaksteuer	1,0 Mrd.		2,5 Mrd.		4,2 Mrd.		4,2 Mrd.		
Beiträge aus Versorgungsbezügen	1,6 Mrd.		1,6 Mrd.		1,6 Mrd.		1,6 Mrd.		
quantifizierbare Struktureffekte	1,5 Mrd.		2,0 Mrd.		2,5 Mrd.		3,0 Mrd.		
davon:									
Festbeträge / Herstellerrabatt	~ 1 Mrd.		~ 1 Mrd.		~ 1 Mrd.		~ 1 Mrd.		
Grundlohnanbindung Verwaltungskosten	~ 0,2 - 0,3 Mrd.		~ 0,2 - 0,3 Mrd.		~ 0,2 - 0,3 Mrd.		~ 0,2 - 0,3 Mrd.		
Nutzenbewertung von Arzneimitteln			~ 0,5 Mrd.		~ 0,5 Mrd.		~ 0,5 Mrd.		
davon nicht quantifiziert:									
Reimport, elektronische Gesundheitskarte, Versandhandel (einschl. Aufhebung der Preisbindung), Institut - evidenzbasierte Leitlinien / Empfehlungen DMP's, vereinbarte Versorgungsformen (DMP / int. Versorgung), Hausarztmodelle, Teilöffnung der Krankenhäuser / medizinische Versorgungszentren, Heil und Hilfsmittel (Verbesserung der Vertragsgestaltung), Festbeträge auf Bundesesebene, Prävention (betriebliche Gesundheitsförderung), Verbesserung d. Wirtschaftlichkeitsprüfungen bei ärztl. u. ärztlich veranlassenen Leistungen - nachrichtlicher Wert in Klammern -			(- 1 Mrd.)		(- 2,5 Mrd.)		(- 4 Mrd.)		
Zwischensumme	9,9 Mrd.		11,9 Mrd.		14,1 Mrd.		14,6 Mrd.		
Zahnersatz (GKV / PKV)			3,5 Mrd.		3,5 Mrd.		3,5 Mrd.		
Sonderbeitrag							5,0 Mrd.		
Gesamtsumme	9,9 Mrd.		15,4 Mrd.		17,6 Mrd.		23,1 Mrd.		
Entlastung aus Zwischensumme in Beitragssatzpunkten	1,0		1,2		1,5		1,5		
-/- Schuldenabbau und Rücklagenauffüllung in Beitragssatzpunkten	0,3		0,2		0,2		0,2		
Spielraum für Senkung des allg. Beitragssatzes gegenüber aktuellem Beitragssatz 2003	0,7		1,0		1,3		1,3		
allg. Beitragssatz 2003	14,3		14,3		14,3		14,3		
Ø allg. Beitragssatz ohne Umfinanzierung Zahnersatz & Sonderbeitrag	13,6		13,3		13,0		13,0		
davon Arbeitgeber (AG) / Arbeitnehmer (AN)	AG	AN	AG	AN	AG	AN	AG	AN	
	6,80	6,80	6,65	6,65	6,50	6,50	6,50	6,50	
Zahnersatz (GKV / PKV) in Beitragssatzpunkten			0,35		0,35		0,35		
Sonderbeitrag in Beitragssatzpunkten							0,50		
Ø allg. Beitragssatz mit Umfinanzierung Zahnersatz und Sonderbeitrag	13,60		12,95		12,65		12,15		
Anteil Arbeitgeber / Arbeitnehmer unter Berücksichtigung Zahnersatz und Sonderbeitrag in Beitragssatzpunkten	AG	AN	AG	AN	AG	AN	AG	AN	
	6,80	6,80	6,48	6,83	6,33	6,68	6,08	6,93	

Personaldebatte und Probleme gewerkschaftlicher Strategiebildung

Nach dem Rücktritt von Klaus Zwickel hat der IG Metall-Vorstand einen neuen/alten Personalvorschlag für den Gewerkschaftstag präsentiert. Und die veröffentlichte Meinung wendet sich wieder anderen Gegenständen zu. Das könnte die benötigte Ruhe für notwendige Sachdiskussionen in der IGM fördern. Aber es werden schon wieder die Stimmen laut, die nach Zusammenführen, einheitlicher Linie und einem Ende der Querelen rufen. Tatsächlich dürfte eine klare Benennung von Streitpunkten und eine offene Bearbeitung dieser Punkte schon auf recht kurze Frist die Aktionsfähigkeit der IG Metall eher stärken statt schwächen.

„Die IG Metall ist ... fähig, aus der tiefen innerorganisatorischen Krise zu lernen und einen neuen Aufbruch zu wagen. Solidarische und demokratische Auseinandersetzungen im Inneren, die Fähigkeit zur Bewältigung von Zukunftsaufgaben im Interesse unser Mitglieder, das Formulieren klarer Ziele und Geschlossenheit nach außen machen die IG Metall zu einer attraktiven Organisation.“¹

Mit diesen Worten endet die Presseerklärung von Jürgen Peters und Berthold Huber nach ihrer Nominierung als neue Führungsspitze durch den Vorstand der IG Metall. Und tatsächlich dürfte das vorläufige Ende der Personaldebatte die Chance bieten, umstrittene Gegenstände und Vorstellungen sowie unterschiedliche Politikansätze zu benennen und zu bearbeiten, eventuell sogar an der einen oder anderen Stelle notwendige Forschungsarbeit zu leisten. Leider ist zu befürchten, dass bestimmte Mechanismen einen solchen Vorgang mindestens behindern.

Die stattgefundenene Personaldebatte sowie die Lagerbildung mittels Zuordnung zu einzelnen Persönlichkeiten ist gerade für große, stark zentralistische Organisationen wie die IG Metall ein Problem, das in der veröffentlichten Meinung nicht ganz zu Unrecht als Machtkampf vorgeführt wird. Es ist tatsächlich schon für Funktionäre der mittleren Ebene oft nicht mehr nachvollziehbar, wo Konfliktlinien verlaufen, wann politische Initiativen initiiert werden und schon gar nicht, mit welchen Mitteln der politische Kampf geführt wird. Anders herum ist die Einflussnahme auf inhaltliche Debatten von den unteren Ebenen aus äußerst schwierig.

Ein weiteres Problem in Bezug auf notwendige Diskussionen betrifft die Außendarstellung der IG Metall. Sie erschien tendenziell immer als ein monoli-

thischer Block; die Zeitschrift „Metall“ hat ihre Leser beispielsweise immer mit „der Meinung“ der IG Metall konfrontiert, kontroverse Positionen tauchten eigentlich nie auf. Das hilft nicht, einen Diskurs über anstehende Probleme zu führen und unterschiedliche Auffassungen zu präzisieren. Zwar sagt Jürgen Peters in einem Interview mit der *Frankfurter Rundschau*: „Ich habe immer gesagt, es gibt Strömungen, die IG Metall ist kein monolithischer Block. Wir haben eine Meinungsvielfalt, die uns gut zu Gesicht steht, weil deshalb jeder gezwungen ist, für den besseren Weg zu argumentieren.“² Aber schon jetzt ist der Reflex spürbar, der mit Verweis auf äußere Angriffe sowie tarifliche und betriebliche Handlungsnotwendigkeiten mit dem Ruf nach Zusammenführen und einheitlichem Auftreten der IG Metall reagiert.

Es besteht für die IG Metall also durchaus die Gefahr, dass notwendige Erörterungen und Untersuchungen ausbleiben. Ausbleiben würde dann allerdings auch der Versuch, unterschiedliche politische Ansätze über diskursive Verfahren in einer sehr großen Organisation zu integrieren und die organisatorischen Strukturen den veränderten politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen anzupassen.

Sollte der IG Metall dies in den nächsten Jahren nicht gelingen, würden die rund um die Personaldebatte aufgeflammt Konflikte erst richtig zum Tanzen kommen, und ein möglicher Fraktionskampf würde die heute für eine Gewerkschaft substanzielle Integrationskraft im Lager der Arbeit langfristig gefährden. Am Ende könnte durchaus eine betriebsyndikalistische Politik stehen. Einen Vorgeschmack gab der GBR-Vorsitzende von Porsche, der im *Tagesthemen*-Interview die Welt der Lohnarbeit als Automobilbetrieb vorstellte. Bei Porsche habe man die Veränderungen der Zeit erkannt, betriebsrätliches/gewerkschaftliches Handeln darauf eingestellt und wäre erfolgreich. Empfehlung: bitte die IG Metall gleichermaßen ausrichten und führen.

Ein weiteres Problem für die nötigen Debatten innerhalb der IG Metall ist, dass die apostrophierten Strömungen von Traditionalisten und Erneuerern so nicht existieren. Sie haben sich eher, wie oben angedeutet, im Rahmen der Personaldebatte durch Zuordnung zu Personen gebildet. Es ist weder ausgewiesen, was heute einen Traditionalisten oder Reformers ausmacht, noch liegen programmatische Vorstellungen vor, an denen eine Zuordnung stattfinden könnte.

Auf der anderen Seite haben die Auseinandersetzungen der letzten Wochen durchaus auch gezeigt, dass eine abweichende Position durchgehalten und nicht mehr einfach mit der Forderung nach Loyalität aus dem Verkehr gezogen werden kann. Das dürfte auch in Zukunft nicht einfach wieder umkehrbar sein, auch wenn es weiterhin starke Schlie-

ßungstendenzen geben wird. An Stoff für eine diskursive Debatte würde es auf jeden Fall nicht mangeln.

Themenkomplexe, die in der IG Metall dringend bearbeitet werden müssten, wären unter anderem:

Fragen rund um das Thema der Tariffähigkeit, der schwindenden Wirkungsgrade von Tarifverträgen, der Begründung der Lohnpolitik, der Organisation von Tarifkämpfen und eines Konzepts zum Aufbau Ost;

das Verhältnis von tariflichen und (europäischen) gesetzlichen Mindeststandards zum Beispiel beim Lohn oder der Arbeitszeit;

es wären Fragen zu einer Reaktivierung gewerkschaftlicher Betriebspolitik, die häufig nicht mehr stattfindet, die jedoch mit der Kampagne für eine „gute Arbeit“ einen Ansatz hätte, die Arbeitsgestaltung wieder auf die betriebliche Tagesordnung zu setzen;

dazu gehörte der gesamte Bereich der Sozialpolitik, die immer weniger über die Tarifpolitik korrigiert werden kann, und in diesem Zusammenhang gehören auch die Anforderungen einer engeren Verbindung der Gewerkschaften mit sozialen Bewegungen sowie die aktive Einbeziehung von Arbeitslosen und Sozialhilfebeziehern in die Gewerkschaft;

es ginge um das Thema der sozialstrukturellen Veränderungen in den Beschäftigtenkörpern bzw. betrieblichen Milieus und zwischen den von der IG Metall vertretenen Sektoren;

es wären Fragen der Arbeitsgestaltung und Arbeitsbedingungen gleichermaßen zu erörtern wie Perspektiven einer Industriepolitik und die Möglichkeiten selbstorganisierter und genossenschaftlicher Produktionsorganisationen

und es wäre wahrscheinlich nicht zuletzt der Themenkomplex der internen Organisationsstrukturen und der Mittelverwendung.

Stichpunkt Tarifbindung – Tariffbewegung Ost:

Die IG Metall verfolgte traditionell eine Tarifpolitik, bei der Standards in den gewerkschaftlichen Kernsektoren durch- und umgesetzt wurden, die dann in die weniger Schlagkräftigen Sektoren ausstrahlten. Dieses System erodiert bzw. wird von zwei Seiten angegriffen. Neben der äußeren Erosion des Flächentarifvertrages durch eine abnehmende Tarifbindung findet eine innere Erosion statt, bei der überbetriebliche Tarifvertragsstrukturen zwar formal aufrecht erhalten bleiben, faktisch jedoch unterminiert werden.

Nach einem IAB-Betriebspanels ist der Anteil derjenigen Beschäftigten in Westdeutschland, die insgesamt von einem Flächentarifvertrag erfasst werden, zwischen 1995 und 2000 von 72% auf 63% zurückgegangen. In Ostdeutschland liegt der entsprechende Beschäftigtenanteil sogar nur noch bei 46%.³

Nach Betriebsgrößenklassen fallen in

Betrieben mit 1–4 Beschäftigten im Westen 38% der Beschäftigten unter Tarif, im Osten sind es 17%. Bei 5–19 Beschäftigten sind es 52 bzw. 29%, und bei 20–99 Beschäftigten sind es 59 bzw. 45%.

Entsprechend einer Untersuchung des WSI unterschreitet zwischen 1997/98 und 2002 relativ konstant ein Anteil von 15–18% der Betriebs- und Personalräte tarifliche Standards.⁴ Zusätzlich muss berücksichtigt werden, dass ein deutlicher Anstieg von durch die Gewerkschaften legitimierten Sondertarifvereinbarungen zur Außerkraftsetzung oder Unterschreitung von tariflichen Regelungen zu verzeichnen ist.

Mindestens im Osten scheint also die Erosion von außen mittlerweile eine Stärke erreicht zu haben, die dem Konzept der Angleichung der Tarifstandards einen Teil des Bodens entzieht. Der Kampf um die öffentliche Meinung lässt sich nicht gewinnen, wenn die Lebensverhältnisse zu weit auseinander fallen und die Zahl der von den Tarifverträgen „Begünstigten“ zu gering wird. Ein Streik in dieser Lage wirft die gewerkschaftliche Aktionsfähigkeit in den betroffenen Betrieben unter Umständen um Jahre zurück. Vor allem aber nehmen die Beziehungen von Streikbeteiligten und Streikbrechern ernsthaften Schaden, vor allem bei einer Streikniederlage.

Auch die Frage der internen Entscheidungsfindung gehört in diesen Zusammenhang. Es geht um ein kritisches Hinterfragen der Mechanismen von zentral erstellter Tarifforderung, Vereinheitlichung in den Tarifkommissionen und die Verpflichtung auf solidarisches/loyales Verhalten. Einen Streik durchzustellen, ist kaum mehr möglich.

Bezüglich des verlorenen Oststreiks muss man den Initiatoren allerdings zugute halten, dass sie an einem Konzept zum Aufbau Ost durch Angleichung der tariflichen Standards festgehalten haben, während die Kritiker gänzlich keine Vorstellungen mehr zu diesem Problembereich vorgetragen haben (Zwickel nennt in seiner Presseerklärung zum Rücktritt tatsächlich die Beschäftigungsgesellschaften als wesentlichen Beitrag zum Ostaufbau).

In der beschriebenen Problemlage wird es insgesamt dringend, das Verhältnis von gesetzlichen und tariflichen Mindeststandards neu auszutarieren. Dabei könnte durchaus eine europaweite Debatte initiiert werden, denn erstens gibt es in vielen Ländern entsprechende Regelungen z. B. bei den Mindestlöhnen, und zweitens agiert die europäische Rechtsetzung wesentlich mit Mindestnormen. Auch eine Politik für eine fortschrittliche Arbeitszeitrichtlinie könnte so angegangen werden. In der Lohnpolitik ist zusätzlich eine Debatte über den Wert der Ware Arbeitskraft vonnöten, um Stoff für die notwendigen Lohnforderungen zu gewinnen. Es geht um die aktuellen Gestehungsbedingungen sowie den notwendigen Kreis von Reproduk-

tions- und Konsumtionsmitteln für eine Arbeitskraft, die in modernen Produktionszusammenhängen ein Arbeitsleben lang bestehen soll.

Stichpunkt Arbeitszeit und Arbeitszeitverkürzung

Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche war in der IG Metall als gesellschaftspolitisches Konzept angelegt. Mehr Demokratie, weniger Mühsal in der Arbeit und wirtschaftliche Entwicklung bzw. ein Zuwachs an Arbeitsplätzen waren als Erwartungen an die Forderung geknüpft. Es wurde eine Vereinheitlichung der Beschäftigten unter einer zentralen Forderung erwartet, die sich als Hebel zur Gestaltung der Gesellschaft erweisen sollte. Darüber hatten die Gewerkschaften versäumt, sich frühzeitig mit den Konzepten der Unternehmerverbände zur Flexibilisierung sämtlicher Arbeitsbeziehungen auseinander zu setzen, die in etwa zeitgleich aus der Taufe gehoben wurden.

In der Folgezeit wurden dann die weiteren tarifpolitischen Aktivitäten zur Arbeitszeitreduzierung ausschließlich beschäftigungspolitisch begründet.

Noch 1998, als schon längst offensichtlich war, dass die realen Arbeitszeiten auseinanderdriften, proklamierte Klaus Zwickel auf einer arbeitszeitpolitischen Tagung der IG Metall, „durch kollektive Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 32 Stunden einen beschäftigungswirksamen Beitrag zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit zu leisten“⁵. Eine Initiative für ein fortschrittliches Arbeitszeitgesetz und die Reorganisation einer Debatte über Möglichkeiten der betrieblichen Arbeitszeitgestaltung unter Gesichtspunkten des Arbeitsschutzes wurden nicht angegangen.

Die Bedingungen der Arbeit und ihre Intensität, die Lage der Arbeitszeit und das weitere Auseinanderdriften der effektiven Arbeitszeiten zwischen verschiedenen Sektoren und Beschäftigtengruppen gerieten weitgehend aus dem Blickfeld.

Bei VW wurden mit der 28,8 Std.-Woche die Erholzeiten geopfert, mit der ausdrücklichen Begründung, aufgrund leichter gewordener Arbeit seien diese nicht mehr notwendig. Die tatsächlichen durchschnittlichen Arbeitszeiten liegen in der Bundesrepublik heute um 40 Stunden. Die Unterschreitung von tariflichen Arbeitszeiten ist einer der wesentlichen Punkte, an denen Betriebs- und Personalräte gegen tarifliche Regelungen verstoßen.⁶

Die neuerliche Diskussion um die Einführung von Erholzeiten in einigen Automobilwerken und Kritiken am „Arbeiten ohne Ende“ (auch ohne fremde Vorgaben) dürfte eine neuerliche Debatte um Mindestbedingungen an die Arbeitszeit/Intensität und neue Arbeitszeitmuster erleichtern und kann sich auch auf vielfältige Ansätze in anderen europäischen

Ländern stützen. Um eine Aufarbeitung der eigenen Arbeitszeitpolitik und zwar nicht nur in Zusammenhang mit der verlorenen Tarifrunde Ost wird die IG Metall nicht umhin kommen.

Stichpunkt Organisationsstruktur

Tatsächlich tut sich innerhalb der IG Metall eine gewisse Kluft zwischen der zentralen Vorstandsverwaltung und der örtlichen Arbeit auf. Ein großer Teil der zentralen Aktivitäten ist örtlich bzw. in den Betrieben nicht wahrnehmbar. Der Umfang der Publizistik ist so groß, dass selbst hauptamtlich Beschäftigte diese nicht annähernd verfolgen können. Ihr Wirkungsgrad in den Betrieben ist häufig sehr gering, falls sie dort ankommen. Eine Reduzierung bzw. Konzentration der Publizistik könnte es den Funktionären auch wieder erlauben, Debatten zu verfolgen, an ihnen teilzunehmen.

Auf der anderen Seite haben sich die Bedürfnisse und Anforderungen in den Betrieben stark verändert. Die Betriebsgrößenstruktur hat sich verändert – immer mehr Klein- und Mittelbetriebe sind zu betreuen. Hinzu kommen die Veränderungen in den Arbeitsbeziehungen und die veränderte soziale Zusammensetzung der Belegschaften. Und durch die Verlagerung von Regelungsgegenständen auf die betriebliche Ebene hat sich der Betreuungsbedarf ebenfalls erhöht. Hinzu kommt, dass die IG Metall bis heute wenig Ressourcen für die Betreuung der Sektoren, in denen sie schwach ist, zur Verfügung stellt. Dringend wäre in diesem Zusammenhang eine Neuorganisation des Verhältnisses zwischen Zentrale, Bezirken und Verwaltungsstellen.

Insgesamt müsste die Vorstellung einer Organisation überprüft werden, die in allen Problemstellungen und aktuellen Fragen von einer Zentrale ausgerichtet und angeleitet wird. Es wäre ein wenig Organisationsphantasie verlangt, wie die IG Metall wieder stärker bei der Gestaltung der betrieblichen Verhältnisse präsent ist, eventuell auch ohne einheitliche Linie, um Ansätze für eine perspektivische Gestaltung von Arbeit zu erproben, und dann, aus diesen Erfahrungen heraus, eine Linie findet.

Nicht zuletzt wäre hier auch eine Debatte über die Mittelverwendung zu führen – 2002 waren immerhin 457 Mio. zu verteilen. Und beim Lesen des Finanzberichtes stellt man fest: Ca. 9 Mio. wurden für Honorare und Beratungskosten ausgegeben, aber der gesamte Komplex der europäischen Gewerkschaftsarbeit wird lediglich mit 640.000 ausgestattet. Für Buchpakete auf Seminaren bleiben noch 20.000 . rog

1 Gemeinsame Erklärung von Jürgen Peters und Berthold Huber vom 23. Juli 2003

2 Frankfurter Rundschau, 17. Juli 2003

3 WSI Mitteilungen 3/2003, S. 157

4 WSI Mitteilungen 3/2003, S. 159

5 WSI Mitteilungen 10/2001, S. 595

6 WSI Mitteilungen 2/2003, S. 159

Freiheit, die sie meinen

Während sich die internationale Öffentlichkeit über die Angriffe auf die Besatzungstruppen im Irak beunruhigt und die getöteten und verwundeten US-Soldaten genau registriert, interessiert sie sich für die irakischen Opfer der Besatzung nur wenig. Dabei kommen, wie vereinzelt Berichte erhellen, täglich Zivilisten zu Tode, werden von übernervösen, erschöpften und durch den Krieg verrohten Soldaten erschossen bei Demonstrationen, militärisch durchgeführten Großrazzien oder einer der zahllosen Straßenkontrollen. Auch über die Zustände in den Gefängnislagern dringen nur langsam Informationen in die Öffentlichkeit, u.a. durch amnesty international. Tausende Irakis sind hier ohne Anklage inhaftiert, viele auf einen vagen Verdacht hin oder ganz willkürlich, alle unter entsetzlichen Bedingungen. Im Internierungslager Camp Cropper am Bagdader Flughafen zum Beispiel sind ca. 2000 Gefangene eingesperrt, jeweils bis zu 130 in einem glühend heißen Zelt. Die Gefangenen leiden unter Wassermangel und fehlenden sanitären Einrichtungen. Schläge und Misshandlungen sind an der Tagesordnung.

Die USA haben ein Besatzungsregime installiert, das rechtliche Bindungen missachtet, wenn sie sich dadurch gefesselt sehen. Auch die Tötung der Saddam-Söhne verstößt gegen internationales Recht.¹ Es wäre den Heeres-Spezialeinheiten, die das Versteck in großer Übermacht angriffen, möglich gewesen, Kusai und Uday Saddam festzunehmen, wenn sie denn gewollt hätten. Ihre Tötung war eine Hinrichtung, die Demonstration zügelloser Macht.

Der Irak habe sich im Gegensatz zu den Erwartungen mancher Kriegsbefürworter als hilfsbedürftiges Land erwiesen, schrieb kürzlich die Neue Zürcher Zeitung; „von der Bonanza eines gegneten Landes mit gewaltigen Ressourcen an Erdöl, Wasser und Ackerland in strategischer Position ist wenig ersichtlich.“² Die erheblichen Schwierigkeiten, auf die die USA im Irak stoßen³, sollten jedoch den Blick für die strategischen Entscheidungen, die sie gegenwärtig fällen und durchsetzen, nicht verstellen. „Unser Plan für Wirtschaftsreformen wird eine umfassende Umleitung der Mittel von kapitalvernichtenden Staatsbetrieben zu Privatfirmen enthalten,“ bekräftigte der Chef der Übergangsverwaltung im Irak, Paul Bremer, in seinem jüngsten Artikel in der New York Times vom 13.7.⁴ Schon am 22. Juni hatte er beim World Economic Forum in Davos eine Reihe von Wirtschaftsreformen in Aussicht gestellt, die samt und sonders darauf hinauslau-

fen, den Irak für ausländisches Kapital zu öffnen, so eine Reform des Finanzsektors und des Gewerberechts, die Liberalisierung des Eigentumsrechts, die Erleichterung für ausländische Direktinvestitionen u.ä.m. Bereits Anfang Juni hatte der von den USA eingesetzte leitende „Berater“ für das irakische Industrieministerium, Carney – ihm unterstehen 38 Unternehmen mit ca. 96.000 Beschäftigten u.a. in der Nahrungsmittel-, Textil- und Chemieindustrie – die Privatisierung von Betrieben angekündigt, konkret den Verkauf an ausländische Interessenten, sowie die Schließung anderer, „unprofitabler“ Unternehmen.

Auch für die Ölindustrie hat die US-Regierung ein „Berater“-Gremium eingesetzt. Es wird von Carroll, dem früheren Vorstand von Shell Oil and Fluor, geleitet. Carroll hat angedeutet, dass Irak aus der OPEC austreten könne. Derweil ist die Privatisierung des irakischen Erdöls in vollem Gang. Noch während der Invasion hatte die US-Regierung dem zweitgrößten Öl-Dienstleistungs-Konzern, Halliburton – der Konzern wurde bis 2000 vom heutigen Vizepräsident Cheney geleitet –, ohne öffentliche Ausschreibung einen Vertrag mit einer Laufzeit von zwei Jahren und einem Volumen von rund 7 Mrd. \$ über die Förderung und Verteilung des irakischen Erdöls erteilt. Aufgrund anhaltender Kritik der zu kurz gekommenen Konkurrenz schrieb die Regierung im Juli zwei neue Verträge über 500 Mio. \$ aus; dabei geht es um den Zuschlag für mehrere Ölfelder in Nord- und Südirak.⁵

Durch einen – ebenfalls geheim geschlossenen – Vertrag von bis zu 680 Mio. Dollar verschaffte sich der Großkonzern Bechtel die Kontrolle über die irakischen Wasserwerke. Vandana Shiva, Trägerin des Alternativen Nobelpreises, warnte aufgrund der blutigen Rolle Bechtels bei der Privatisierung der Wasserversorgung 1999/2000 in Bolivien und bei ähnlichen schweren Auseinandersetzungen in Indien davor, dass Bechtel danach strebe, Besitzansprüche auf Euphrat und Tigris anzumelden.⁶ Bereits 1983 hatte sich übrigens Rumsfeld als „Sondergesandter (der Reagan-Regierung) für den Nahen Osten“ mit Saddam Hussein getroffen, um über das Angebot von Bechtel für ein großes Pipelineprojekt zu sprechen – damals hatte Bechtel das Nachsehen, französische, deutsche und russische Firmen machten das Rennen.

Auch die Ernennung des US-Verantwortlichen für die irakische Landwirtschaft verrät strategische Überlegungen. Daniel Amstutz war zuvor Manager der Cargill Corporation, des größten Getreideexporteurs der Welt, und Präsident der Nordamerikanischen Getreide-Export-Gesellschaft. Unter der Reagan-Administration war Amstutz an der Ausarbeitung internationaler Abkommen beteiligt, die es den USA und der EU ermöglichen, durch den Export ihrer subventionierten Agrarüberschüsse die Welt-

marktpreise zu drücken und die landwirtschaftlichen Produzenten in den armen Ländern zu ruinieren. Die britische Hilfsorganisation Oxfam kommentierte Amstutz' Ernennung: „Dieser Typ ist besonders gut dafür geeignet, die kommerziellen Interessen der amerikanischen Getreidekonzerne voranzutreiben und den irakischen Markt aufzusprengen, aber besonders schlecht dafür, den Wiederaufbau in einem Entwicklungsland zu leiten.“⁷ Die Golfkriege und das jahrelange Embargo haben die einstmalig blühende, auf weitgehende Selbstversorgung ausgerichtete Landwirtschaft ruiniert, die landwirtschaftliche Infrastruktur zerstört. Es fehlt an Saatgut, Düngemitteln, Pestiziden, Landwirtschaftsmaschinen, Ersatzteilen, Treibstoff, Impfstoffen für die Tiere; Düngerspeicher, Pumpstationen, Bewässerungsanlagen, Silos sind vernichtet. Angesichts dessen bedürfte die Landwirtschaft des Schutzes und gezielter Maßnahmen zum Wiederaufbau. Die von Amstutz geplante Liberalisierung auch des Agrarmarktes wird Zehntausende Bauern ruinieren und den Irak in völlige Abhängigkeit vom Weltmarkt, das heißt von US- und europäischen Agrarexporten bringen.

Ende Mai hatte die „Chicago Tribune“ eine erste programmatische Rede des Chefs der US-Übergangsverwaltung Bremer mit den Worten kommentiert, dass „die Etablierung einer aufstrebenden, marktorientierten Wirtschaft im Irak ein Hauptziel des konservativen Lagers der Bush-Verwaltung gewesen ist, welches auch hofft, dass die Veränderungen in der arabischen Welt Wellen schlagen und die dort etablierte Ordnung herausfordern werden.“⁸ Es sieht derzeit nicht so aus, als könne der „Wiederaufbau“ des Irak, der eher als Zerlegung der irakischen Wirtschaft bezeichnet werden muss, auf die Region ausstrahlen. Die weitere Aufstockung der Besatzungsmächte – neben anderen hat jetzt auch Japan (!) entschieden, Truppen zu entsenden – richtet sich keineswegs allein gegen die unter der Besatzung leidende irakische Bevölkerung, sondern bedroht auch die nah- und mittelöstlichen Nachbarn des Irak. sc

1 So z.B. der Bochumer Völkerrechtler Heintze, Dozent am Bochumer Institut für humanitäres Völkerrecht, siehe www.friedensratschlag.de, dort: Chronik eines angekündigten Krieges, Juli 2003

2 Der Irak als Fass ohne Boden? NZZ, 24.7.

3 z.B. bei der Erdölproduktion und -ausfuhr, siehe Politische Berichte Nr. 15

4 Bremer, Die Freiheit ist von Nord nach Süd auf dem Vormarsch, dtsh. Übersetzung, unter www.friedensratschlag.de

5 www.netzeitung.de/spezial/irak, 12. Juli

6 Vandana Shiva, Bechtel: Blut für Wasser im Irak, http://www.shareinternational-de.org/hefte_2003/0306_meinung.htm

7 zitiert nach: Rania Masri, Auf- oder Abbau des Irak, International Socialist Review / ZNet, 14.7.93

8 siehe Fußnote 7

„Wo sind die Massenvernichtungswaffen, Mr. President?“

Die US-amerikanische Bewegung „Cities for Peace“ („Städte für Frieden“) hat Mitte Juli zwei weitere Schreiben an US-Präsident Bush veröffentlicht, in denen Stadtverordnete Auskunft verlangen über die von der US-Regierung als Rechtfertigung für ihren Angriffs- und Okkupationskrieg gegen den Irak genannten angeblichen Massenvernichtungswaffen des Regimes des gestürzten Saddam Hussein. Die „Cities for Peace“-Bewegung in den USA hatte schon im Vorfeld und während des Irak-Krieges eine wichtige Rolle in der US-Friedensbewegung gespielt. 165 Städte bzw. Stadtverordneten-Versammlungen hatten den US-Angriff auf Irak im Vorfeld durch Beschlüsse und Briefe an die Öffentlichkeit und an US-Präsident Bush zu verhindern versucht.

Hier nun eine Zusammenfassung des Schreibens von 30 Stadtverordneten, d.h. der Mehrheit der Stadtverordneten aus Chicago, und ein Schreiben des Bürgermeisters und der Stadtverordneten von Arcata, Kalifornien. rül

Chicagoer Stadtverordnete fordern von Bush Klarheit über Irak

30 Chicagoer Stadtverordnete, sie bilden eine Mehrheit im Chicagoer Stadtrat, haben heute (11. Juli) einen Brief an Präsident Bush unterzeichnet, in dem sie von ihm fordern, der Nation die Beweise vorzulegen, auf denen seine Behauptungen über irakische Massenvernichtungswaffen beruhen.

Das beispieldlose Schreiben entstand unmittelbar nach dem Eingeständnis des Weißen Hauses, dass eine vor dem Krieg verbreitete Behauptung über irakische Uraneinkäufe falsch gewesen sei.

Im Brief des Stadtrats an den Präsidenten heißt es, die „angebliche Existenz solcher Massenvernichtungswaffen sei die wichtigste Rechtfertigung für unsere Entscheidung gewesen, einen Krieg gegen den Irak zu beginnen“. Der Brief fährt fort mit der Feststellung, „bis heute ist keine Massenvernichtungswaffe im Irak gefunden worden. Viele Behauptungen, darunter die über Iraks Nuklearprogramm, haben sich als falsch erwiesen. Andere Beweise, von denen unsere Regierung behauptete, sie zu besitzen, sind bis heute nicht verifiziert worden.“

„Es ist höchste Zeit für den Präsidenten und seine Regierung, Klarheit zu schaffen über die angebliche Existenz von Massenvernichtungswaffen“, sagte der Stadtverordnete Joe Moore vom 49.

Bezirk, der Verfasser des Schreibens. Moore bemerkt: „In den Augen einer wachsenden Zahl von Amerikanern sind aus den Massenvernichtungswaffen ‚Massenverschwindungswaffen‘ geworden.“

Im Januar hatte die Stadtverordnetenversammlung von Chicago mit überwältigender Mehrheit eine Resolution verabschiedet gegen einen Präventivangriff gegen den Irak, solange nicht bewiesen sei, dass der Irak eine unmittelbare Bedrohung unserer Nation und unserer Alliierten sei.

Zwischen Dezember 2002 und 20. März 2003 hatten 165 Städte und Gemeinden ähnliche Resolutionen verabschiedet. Der jetzige Brief an Präsident Bush repräsentiert das letzte Beispiel einer wachsenden öffentlichen Empörung gegen die offensichtliche Doppelzüngigkeit der Bush-Administration beim Thema Irak-Krieg.

Karen Dolan, die Nationale Koordinatorin der Bewegung „Städte für Frieden“ und des Instituts für politische Studien in Washington, erklärt dazu: „Städte überall im Land haben ihre Zweifel über die angebliche unmittelbare Bedrohung durch den Irak ausgedrückt. Chicago hat den nächsten logischen Schritt gemacht und macht die Regierung verantwortlich für eine, wie viele befürchten, politische Übertreibung, wenn nicht sogar direkte Täuschung, um für einen sonst unpopulären Krieg Unterstützung zu gewinnen.“

Der Stadtverordnete Moore stellte fest: „Als Mitglieder des Stadtrats sind wir die gewählten Vertreter, die den Menschen am nächsten sind. Alle von uns beobachten ein wachsendes Gefühl des öffentlichen Betrugs über diesen Krieg. Viele Menschenleben wurden verloren und Milliarden Dollars wurden umgeleitet, weg von dringenden innenpolitischen Notwendigkeiten, um die angebliche Bedrohung durch die irakischen vermeintlichen Massenvernichtungswaffen zu beseitigen. Dennoch hat die Bush-Administration bis heute keinerlei Beweis vorgelegt, dass es diese Waffen je gegeben hat.“

Brief des Stadtrats von Arcata an Bush: „Zeig uns die Beweise für die Massenvernichtungswaffen oder entschuldige dich dafür, Amerika belogen zu haben“

17. Juli 2003

George W. Bush
Präsident der Vereinigten Staaten
Weißes Haus,
1600 Pennsylvania Ave,
NW, Washington, DC 20500

Geehrter Herr Präsident,
wir schreiben Ihnen als eine von 165 Stadtvertretungen aus dem ganzen Land, die Resolutionen verabschiedet haben, die einen Präventivkrieg gegen Irak ablehnen. Wir folgen der Entwicklung mit wachsender Sorge.

Die Begründung für einen Krieg gegen Irak beruhte maßgeblich auf Beteuerun-

gen von Ihnen und anderen Mitgliedern Ihrer Administration über die Existenz und von Massenvernichtungswaffen im Irak und die von ihnen ausgehende Bedrohung. Sie zum Beispiel erklärten auf einer Veranstaltung in Cincinnati am 7. Oktober 2002: „Er (der Irak) besitzt und produziert biologische und chemische Waffen. Er strebt nach nuklearen Waffen.“

Der Vizepräsident sagte in einer Rede am 26. August 2002: „Um es schlicht zu sagen, es gibt keinen Zweifel, dass Saddam Hussein jetzt Massenvernichtungswaffen hat.“

Der Verteidigungsminister erklärte in der Sendung „Im Angesicht der Nation“ am 24. März 2003: „Wir haben seit vielen Monaten Geheimdienstinformationen, dass sie chemische und biologische Waffen haben, dass sie diese über das Land verteilt haben und Waffen damit gefertigt haben und dass sie mindestens in einem Fall ein Lenk- und Kontrollsystem für diese Waffen errichtet haben.“

Viele weitere ähnliche Stellungnahmen wurden von Mitgliedern Ihrer Administration verbreitet. Aber bis heute wurden keine solche Massenvernichtungswaffen im Irak gefunden. Viele Behauptungen, zum Beispiel die von einem irakischen Nuklearwaffenprogramm, haben sich als falsch erwiesen. Anderes Material, das Ihre Administration behauptet hat zu besitzen, ist bis heute nicht bestätigt worden.

Als gewählte Repräsentanten sind wir dadurch erheblich beunruhigt. Wir sind uns sehr genau im Klaren über die Kosten, die dieser Krieg über unsere Nation gebracht hat. Menschenleben wurden verloren und gehen weiter verloren. Milliarden von Dollars an Steuergeldern wurden ausgegeben, um die Gefahr zu beseitigen, die von Iraks angeblichen Massenvernichtungswaffen ausgehe. Kürzlich sagte Donald Rumsfeld, die Beseitigung Iraks koste 4 Milliarden Dollar pro Monat. Währenddessen ist der Staat Kalifornien, wie beinahe jeder andere Staat in den USA, in einer schweren wirtschaftlichen Krise, unverzichtbare lokale Programme werden gekürzt, während über 130 Millionen Dollar täglich ausgegeben werden für die Fortsetzung eines Krieges, der unnötig und schlecht beraten war, und kein Ende ist in Sicht.

Wir glauben, es wird Zeit für Sie, entweder der Nation die Beweise vorzulegen, auf denen Ihre Behauptung der irakischen Massenvernichtungswaffen beruhte, oder zuzugeben, dass Sie und Ihre Administration den US-Kongress und das amerikanische Volk belogen haben, und sich dafür zu entschuldigen.

Hochachtungsvoll

Robert J. Ornelas, Bürgermeister

Kopie an: Senatorin Barbara Boxer und Diane Feinstein, Senator Mike Thompson und Robert Byrd.

PS: Holen Sie unsere Truppen zurück.“

Quelle: <http://www.ips-dc.org/citiesforpeace/> Übersetzung: rül



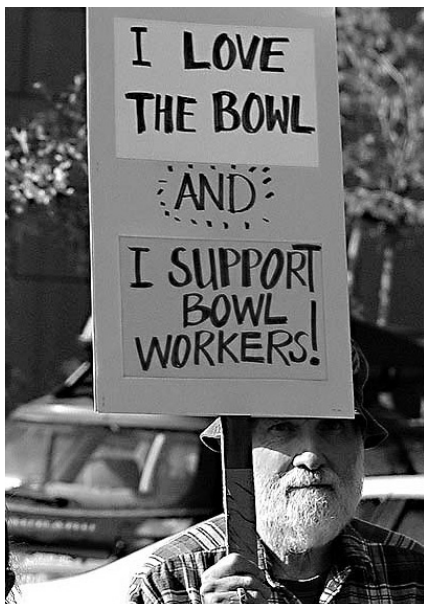
Mehrere hundert Menschen demonstrierten am 19. Juli in Los Angeles gegen „Bush's Krieg gegen die Bürgerrechte“ gegen die fortgesetzte Unterdrückung von Migranten und Minderheiten in den USA. Am 23. protestierten ebenfalls Hunderte in San



Francisco gegen Tom Ridge, den Verantwortlichen für den „US-Heimatschutz“. Auch hier richtete sich der Protest gegen den „Patriot Act“. Quelle und Bilder: Indymedia Los Angeles und San Francisco

Kampf um Tarifvertrag

Berkely, USA. Die über 200 Beschäftigten des Berkely Bowl Marktes kämpfen für einen Tarifvertrag über Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen und die Anerkennung der Gewerkschaft. Berkely Bowl ist ein städtischer Supermarkt mit preiswertem Sortiment für Menschen mit niedrigem Einkommen. Die Beschäftigten wollen ausdrücklich, dass das so bleibt, wehren sich aber dagegen, dass sie dafür die Zeche zahlen. Ihre Löhne sind durchweg niedrig, weit unter dem allgemeinen Standard, die Lohnhöhe ist dabei im Einzelnen völlig willkürlich. Manche, die 20 Jahre bei Berkely Bowl arbeiten, erhalten weniger als andere, die



gerade neu eingestellt wurden. Die Beschäftigten erhalten keine festen Arbeitsverträge, sondern arbeiten unbegrenzt „auf Probe“, können ohne Angabe von Gründen entlassen werden. Das Management hat einen der Organisatoren der Gewerkschaftskampagne entlassen und droht mit der Entlassung von an die 100 Beschäftigten. Dagegen protestierten am 20. Juli vor dem Markt rund 100 Menschen. (Quelle und Bild: Indymedia San Francisco)

Polen: Protest gegen „Vertreibungszentrum“ und ähnliche Pläne

Gegen die Forderung des Bundesrats, den 5. August zu einem „Tag der Erinnerung an die Opfer der Vertreibung“ zu erklären, regt sich in Polen ebenso Widerstand wie gegen das „Zentrum gegen Vertreibung“. Die „Patriotische Initiative Wroclaw“ ruft für den 5. 8. zu einer großen Protestkundgebung in Wroclaw auf. In einem Offenen Brief schreibt sie: „Im Gedenken an die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen unseren Völkern wenden wir uns an das deutsche Volk mit einem Appell, die Kräfte, die jetzt in Deutschland wach werden und einen negativen Einfluss auf unser Zusammenleben haben, nicht mit Gleichgültigkeit zu betrachten. Der Verband der Vertriebenen und andere Landsmannschaften zeigen offensichtliche revisionistische Tendenzen. Dies ist besonders beunruhigend, weil dadurch ernste internationale Missverständnisse hervorgerufen werden können.“ – *Tygodnik Solidarnosc* wendet sich nicht nur gegen das von der Vorsitzenden des „Bundesverbandes der Vertriebenen“, Erika Steinbach, betriebene „Zentrum gegen Vertreibung“. Zorn ruft auch die Initiative von Adam Michnik (Chefredakteur der Zeitung *Gazeta Wyborcza*), Adam Krezeminski (polnischer Publizist in deutschen Medien und bei *Polityka*) und Marcus Meckel (u.a. Leiter der polnisch-deutschen Parlamentsgruppe) hervor, das Zentrum nicht in Berlin, sondern in Breslau zu errichten und ihm damit „internationalen Charakter“ zu verleihen. Die meisten Polen, so *Tygodnik Solidarnosc*, sehen die Vertreibung der Deutschen aus Polen als eine Folge des von Deutschland angezettelten Krieges und der von Deutschen begangenen Verbrechen, als einen Akt der historischen Gerechtigkeit, der letztlich das Fundament für das Nachkriegseuropa darstellt. Man glaube nicht, dass im Vordergrund nicht das Leid der Deutschen stünden, auch dann nicht, wenn das Zentrum in Breslau entstehen sollten. „Würde doch das Zentrum unter der Schirmherrschaft des Bundesverbandes

der Vertriebenen errichtet werden und mit deutschem Geld, das schon heute das Festschreiben der polnisch-deutschen Geschichte durch polnische Historiker und besonders durch Publizisten stark beeinflusst.“ Und übrigens, „warum in Breslau ein Zentrum gegen Vertreibung unter deutscher Schirmherrschaft bauen und nicht beispielsweise ein Zentrum der Konzentrationslager, das deutsche Verbrechen an der Bevölkerung der von den Deutschen besetzten Länder dokumentieren würde?“ (Quelle: *Deutsche Welle*)

Streit um den Kosovo verschärft sich wieder

Der Vizevorsitzende der Demokratischen Liga Kosovos, Berisha, hat allen Initiativen für ein Zusammenleben Kosovos mit Serbien eine Absage erteilt. Das gehöre der Vergangenheit an. „Die Realität im Kosovo nach dem Krieg kann keiner auf dieser Welt ändern, weil die Kosovo-Bevölkerung nichts anderes als die Unabhängigkeit billigen wird.“ Er forderte verschiedene Institutionen in Serbien auf, dafür zu sorgen, dass Serbien und insbesondere die Serben im Kosovo die Unabhängigkeit akzeptierten. Damit nahm Berisha Bezug auf die Erarbeitung einer neuen Verfassung Serbiens. Die Antwort serbischer Politiker im Kosovo erfolgte prompt. Ein Abgeordneter forderte, das Verbot der Unabhängigkeit Kosovos in der Verfassung zu verankern.

Ungarn: Kapital unzufrieden

Die rund 1000 Mitglieder der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer bemängelten in einer jüngsten Umfrage das „niedrige Produktivitätsniveau“ in Ungarn und gaben einer „gewissen Unzufriedenheit an der Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter“ Ausdruck. Zwar sei Umsätze und Gewinne auch im letzten Jahr um bis zu 17% gestiegen, aber man frage sich: „Wie lange noch?“ Die DUIHK forderte von der Regierung mehr „Finanzdisziplin“ und „Berechenbarkeit“. *Budapester Zeitung online* Zusammenstellung: scc

FRANKFURT/ODER. Der 750. Geburtstag von Frankfurt (Oder) wurde am 12. Juli 2003 von über 50.000 Menschen Menschen mit einem Festumzug durch die Innenstadt gefeiert. Darunter waren auch rund 30 AktivistInnen antirassistischer Gruppen aus dem Land Brandenburg. Als fiktive Trommelgruppe „Drum Fever“ aus Mainz hatten sie sich im Vorfeld in den offiziellen Umzug eingeschlichen. Ihre Flugblätter klärten auf: In Frankfurt (Oder) werden MigrantInnen auf der Ausländerbehörde immer wieder diskriminiert und rassistisch motivierten Kontrollen durch den BGS ausgesetzt. Der selbstgewählte Slogan „Freundliches Frankfurt“ passe also beileibe nicht auf die Grenzstadt. Die verblüfften Ordner beim Festumzug griffen gegen die AktivistInnen nicht ein, diese konnten also ungestört die gesamte Wegstrecke ablaufen, an tausenden BesucherInnen vorbei, sowie an einigen Live-Fernsehkameras und an der Bühne mit den Promis aus Stadt- und Landespolitik. Einige Male wurde den Antiras applaudiert, viele Gäste äußerten sich aber mißbilligend über die Aktion.

www.infortiot.de



Diskussionen, Konferenzen und Aktionen gegen Sozialkahltschlag

FRANKFURT A.M. Das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di ruft für den 16. August zu einer bundesweiten Aktionskonferenz gegen Sozialkahltschlag und Arbeitsplatzvernichtung nach Frankfurt a.M. auf. Mitveranstalter ist auch das bundesweite Koordinierungstreffen der Anti-Hartz-Bündnisse. In Frankfurt sollen nach der inhaltlichen Diskussion über Hintergründe der Angriffe, Stand der Proteste, Haltung der Gewerkschaftsführung dann regionale Aktionstage, auch in Betrieben, am 20. Oktober und eine bundesweite Demonstration in Berlin am 1. November diskutiert werden. Der Bezirksvorstand von ver.di Stuttgart hat einen Antrag für eine bundesweite Demonstration im Herbst an den ver.di Bundesvorstand gestellt. Attac Berlin unterstützt diese Initiative und setzt sich selbst für eine solche Großdemonstration ein. Weitere Infos unter: www.tacheles-sozialhilfe.de

Bundesweite Unterschriftenaktion für ein Antidiskriminierungsgesetz

KÖLN Bis Anfang Juli wurden bundesweit rund 5.300 Unterschriften für den Forderungskatalog des Arbeitskreises Antidiskriminierung der lesbian and gay liberation front e.V. gesammelt und das als Zwischenergebnis auf dem Kölner CSD bekannt gegeben. Die bundesweite Unterschriftenaktion wird bis zum Jahresende fortgesetzt, weil ein Antidiskriminierungsgesetz für Deutschland immer noch nicht in Sicht ist. Die Bundesregierung hat weder fristgerecht die sogenannte EU-Rassenrichtlinie bis zum 19. Juli dieses Jahres in nationales Recht umgesetzt, noch ist die Umsetzung der EU-Rahmenrichtlinie zur Antidiskriminierung in Beschäftigung und Beruf bis

zum Ende des Jahres erkennbar, geschweige denn die Verabschiedung eines umfassenden und eigenständigen Antidiskriminierungsgesetzes, das über die Mindestanforderungen der EU-Richtlinien hinaus geht. Die Unterschriftenliste mit 11 Forderungen steht in www.lglf.de/antidiskriminierung/index.htm

1000 demonstrierten am 20. Juli gegen Militärzeremonie in Berlin

BERLIN. Während des „feierlichen“ Moments der Gelöbniszeremonie, dem Absprechen der Gelöbnisformel, überwand den rund 30 DemonstrantInnen in einer für die Polizei überraschenden Aktion die Absperren vom Tiergarten aus und drangen in den militärischen Sicherheitsbereich ein. Indem sie sich auf der Hildebrandtstraße dem Antreplatz der Rekruten näherten, setzten die DemonstrantInnen so genannte Alarmeier und Nebelhörner ein, mit denen sie den Soldaten und dem Publikum der Zeremonie eindrücklich ihren antimilitaristischen Protest zu Ohren kommen lassen konnten. Nach Informationen von Gelöbnix

gab es dabei 22 Festnahmen.

Während die Bundeswehr von der einen Seite durch die Aktion bedrängt wurde, versammelten sich auf der anderen Seite die TeilnehmerInnen der Gelöbnix-Demonstration. Daran haben sich rund 1000 Menschen beteiligt. Sie waren Schikanen von mehreren Hundert Polizisten und Feldjägern ausgesetzt, doch dabei zeigte sich erneut, dass phantasievoller Protest dem militaristischen Ritual überlegen ist.

Kurz vor Auflösung der Demonstration wurde die Polizei doch noch gewalttätig: Im S-Bahnhof Potsdamer Platz schlugen Einsatzkräfte in die Reihen abziehender DemonstrantInnen hinein, dabei gab es nach Gelöbnix-Beobachtungen mindestens zwei Festnahmen.

www.bamm.de/geloebnix

Proteste gegen weiteres „Speziallager“ für Flüchtlinge in Bayern

MÜNCHEN. Noch im August diesen Jahres will Bayerns Innenminister Beckstein in der Gemeinde Engelsberg/Obb. (Landkreis Traunstein) ein neues Speziallager für Flüchtlinge eröffnen. Das Lager soll über 70 Plätze für „schwierige Fälle“ verfügen, es entsteht neben einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende.

Seitens des Engelsberger Bürgermeisters Franz Ketzer (CSU) und des Gemeinderats gibt es Proteste. Dort wird befürchtet, dass es sich bei dem neuen Lager um ein Ausreiselager nach dem Modell „Fürth“ handelt, in dem abgelehnte Flüchtlinge durch Verhöre und Repressalien zur Ausreise genötigt werden sollen. Erst kürzlich rühmte Beckstein die „Erfolgsbilanz“ des Fürther Ausreiselagers als Beispiel erfolgreicher bayerischer Landespolitik. Dabei war fast die Hälfte der dort Eingewiesenen lieber untergetaucht, als der Einweisung in das Abschiebelager Folge zu leisten.



Das in Engelsberg geplante Lager wird (noch) nicht als „Ausreiseeinrichtung“, so die Behördensprache, bezeichnet. Dennoch laufen Verhandlungen zwischen der zuständigen Regierung von Oberbayern und dem bayerischen Caritasverband über die Übernahme der Beratung. Sollte sich bewahrheiten, dass in Engelsberg schließlich doch ein Ausreiselager in Betrieb genommen wird, sind sowohl der Migrationsbeauftragte des Verbands, Wilhelm Dräxler, als auch die Caritas Traunstein nicht zur Zusammenarbeit mit der Regierung bereit. Die Initiative „Keine Lagergesellschaft Bayern“, der Bayerische und der Münchner Flüchtlingsrat sowie die Menschenrechtsorganisation „res publica“ lehnen die Errichtung eines neuen Speziallagers für Flüchtlinge kategorisch ab. „Bayern ist auf dem besten Weg, zu einer Lagergesellschaft zu werden, in der wehrlose Menschen einer ausgrenzenden und mit der Menschenwürde nicht zu vereinbarenden Sonderbehandlung unterzogen werden“, erklärten die Vereine in einer gemeinsamen Erklärung an die Gemeinde Engelsberg und die Caritas. Alle in der dortigen Asylarbeit Tätigen werden aufgerufen, in Engelsberg kein neues Speziallager für Flüchtlinge zuzulassen.

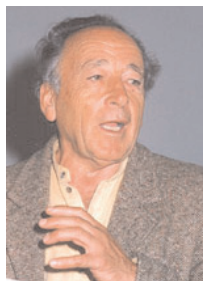
www.ausreisezentren.cjb.net

Mit Klassik und Rock gegen Neonazikneipe in Bielefeld

BIELEFELD. Am Dienstag, den 22. Juli, demonstrierten rund 150 Menschen gegen die Neonazikneipe „Postmeister“ am Bielefelder Kesselbrink. Es spielte die Aktionsgruppe Lebenslaute, die bundesweit klassische Musik zu politischen Anlässen aufführt. Neben einer Arie von Händel und einem ironischen Lied über „Nationalgefühle“, erklangen irische und jiddische Stücke sowie Werke von Mozart und Bartok. In Redebeiträgen wurde eine Bilanz der bisherigen Kampagne gegen den Nazitreffpunkt gezogen, die Zusammenhänge von rechter Ideologie und gegenwärtiger Asylpolitik aufgezeigt und zur Unterstützung von sechs Ashkali-Familien aufgerufen, die nach jahrelangem Aufenthalt in Bielefeld jetzt von Abschiebungen bedroht sind.

In und vor dem „Postmeister“ hielten sich während Konzert und Kundgebung zahlreiche Neonazis auf, darunter etliche langjährige Aktivisten und Funktionäre der Region.

Zum Abschluss verließen die AntifaschistInnen den Kungebungsplatz, um direkt vor dem „Postmeister“ ihrem Unmut über die Neonazis noch einmal lautstark Ausdruck zu verleihen. Ein Zug zum Jahnplatz beschloss die Aktion. „Es kam zu keinen Zwischenfällen“, erklärte „Courage gegen rechts“ in einer Presseerklärung. Das Bündnis will seine „erfolgreiche Arbeit gegen den Nazitreff ‚Postmeister‘ mit einer Studierenden-Demonstration des AstA der Uni Bielefeld fortsetzen.“ www.antifa-west.org



Aachener Friedenspreis 2003

AACHEN. Der Aachener Friedenspreis 2003 wird am 1. September 2003 Dr. Reuven Moskovitz und Nabila Espanioly sowie der deutschen Initiative Ordensleute für den Frieden (IOF) verliehen.

Seit vielen Jahren engagieren sich der Holocaust-Überlebende Reuven Moskovitz und die Palästinenserin mit israelischem Pass Nabila Espanioly in der israelischen Friedensbewegung und im jüdisch-palästinensischen Dialog. Seit dem Ausbruch der zweiten Intifada organisieren sie gemeinsam mit anderen Gruppen der Friedensbewegung unter oft schwierigen Bedingungen Hilfstransporte in die Westbank und nach Gaza.

Die Initiative Ordensleute für den Frieden (IOF) ist eine Gruppe aus katholischen Ordensleuten, evangelischen wie katholischen Nicht-Funktionsträgern und auch Nichtchristen. Seit den Protesten gegen den NATO-Raketenbeschluss vor 20 Jahren engagiert sie sich für Frieden und Abrüstung und thematisiert zugleich das kapitalistische Wirtschaftssystem als Quelle dauernder Ungerechtigkeit und Ausbeutung. Spektakuläre Aktionen zivilen Ungehorsams gehören zu ihren erprobten Methoden. www.com-link.apc.org/aachener-friedenspreis

Die meisten Bürgerbegehren in NRW sind gemeinwohlorientiert

KÖLN. Die meisten Bürgerbegehren sind gemeinwohlorientiert. Dieses Fazit zieht die Initiative Mehr Demokratie in einer Halbjahresbilanz zu aktuellen Bürgerbegehren in den Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens. „Die derzeit laufenden Bürgerbegehren sind ein Spiegel der desolaten Haushaltslage in vielen Kommunen“, fasste NRW-Geschäftsführer Daniel Schily die Situation zusammen. Bürgerinitiativen versuchten im Moment oft, die Schließung von Schulen und Schwimmbädern zu verhindern. Stark zugenommen habe in diesem Jahr zudem die Zahl von Initiativen gegen so genannte Cross-Border-Leasing-Geschäfte (CBL), bei denen Kommunen beispielsweise ihr Kanalnetz an US-Investoren vermieten, um es dann sofort wieder zurück zu mieten. Der US-Investor teilt dann den steuerlichen Vorteil mit der jeweiligen Stadt. In mehreren Orten kritisierten Bürgerinitiativen die Preisgabe kommunalen Eigentums. Sie befürchten hohe Folgekosten beim eventuellen Platzen solcher Verträge. In Bergisch Glad-

bach wird im September der erste Bürgerentscheid in NRW zu einem CBL-Geschäft über das dortige Abwasserwerk statt finden.

„Die Bürger sind in Sorge um die Infrastruktur ihrer Kommunen und engagieren sich für deren Erhalt“, sagte Schily. Vom Phantom der immer wieder befürchteten „aktivistischen Minderheiten“, die sich Bürgerbegehren zu Nutze machten, sei weit und breit nichts zu sehen. Und auch die wenigen Bürgerbegehren gegen forensische Kliniken oder Flüchtlingsunterkünfte aus den letzten Jahren seien kein Gegenbeweis. „Mit solchen Begehren müssen sich Demokraten politisch auseinandersetzen, statt sie durch unerreichbare Hürden zu Fall zu bringen“, empfiehlt der Mehr-Demokratie-Geschäftsführer.

www.mehr-demokratie.de/nrw

7000 Studierende zahlten nicht – Quorum trotzdem gescheitert

STUTTGART. Zum 1. Juni hatte der baden-württembergische Landtag auf Initiative von CDU und FDP einen „Verwaltungskostenbeitrag“ in Höhe von 40 Euro, der schon zu diesem Wintersemester fällig wird, beschlossen, als direkten Nachfolger der verfassungswidrigen Rückmeldegebühren. Es kam zu lautstarkem studentischem Protest gegen dieses Vorgehen der Landesregierung. An vielen Hochschulen, darunter alle Universitäten und einige Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen, wurden Treuhandkonten zur kollektiven Zahlungsverweigerung eingerichtet. Das Quorum, bei dem auch nach Ablauf der Rückmeldefristen der Protest fortgesetzt werden sollte, wurde auf 22.000 Einzahler landesweit bis zum 15. Juli festgesetzt, um so die drohende Exmatrikulation von vornherein unmöglich zu machen.

An stärksten zeigte sich der Protest in Freiburg, wo sowohl Uni als auch PH gute Ergebnisse (1020) erreichten. Doch der landesweite Stand belief sich am 15. Juli auf 7303 Einzahlungen. Damit wurde das Quorum nicht erfüllt und das Geld wird fristgerecht an die Hochschulen überwiesen.

Eine entscheidende Rolle für die mangelnde Beteiligung spielten sicherlich die überzogenen Einschüchterungsversuche von Wissenschaftsminister Frankenberg, der u.a. gedroht hatte, auch tausende Studierende zu exmatrikulieren. Die unterschiedlichen Rückmeldefristen und das Vorgehen der Verwaltungen der Hochschulen haben ebenfalls für Verunsicherung gesorgt. So wurde z.B. die Zahlungsaufforderung per Mail verschickt und das schon vor in Kraft treten des Gesetzes, so geschehen in Ulm.

„Wir werden weiter gegen diese Tendenz kämpfen und Möglichkeiten für eine sozial gerechte Bildungsfinanzierung aufzeigen“, so Jesko Splittgerber, Sprecher der LandesASTenKonferenz.

www.studis.de/lak-bawue

Hamburger Geschichtswerkstätten vor der Schließung

Entstanden aus der Oral-History-Bewegung der Geschichtswissenschaften wurde 1978 in Altona die erste Geschichtswerkstatt mit dem Ziel gegründet, Alltagsgeschichte und -erfahrungen lebendig zu halten und damit eine Ergänzung bzw. ein Gegengewicht zum offiziellen historischen Forschungsbetrieb zu bilden. Heute gibt es in Hamburg (noch) 14 Geschichtswerkstätten, und zwar in Barmbek, Bergedorf, Bramfeld, Dulsberg, Eimsbüttel, Eppendorf, Fuhlsbüttel (Willi-Bredel-Gesellschaft), Hamm, Jarrestadt-Archiv, Jenfeld-Museum, Ottensen, St. Georg, St-Pauli-Archiv und Wilhelmsburg. Mit Ausstellungen, Rundgängen, Zeitzeugen-Interviews, Veranstaltungen, „Erzählcafés“, Stadtteilbüchern u.ä. sowie umfangreichen Archiven mit Fotos, Plakaten, Flugblättern und vieles mehr dokumentieren sie das Leben und die Geschichte ihrer Stadtteile im 19. und 20. Jahrhundert. Im Folgenden beispielhaft einige Projekte der Werkstätten:

Die Geschichtswerkstatt Fuhlsbüttel (Willi-Bredel-Gesellschaft) hat ein ehemaliges Zwangsarbeiterlager auf dem Gelände der Firma Kowahl & Bruns am Wilhelm-Raabe-Weg 23 restauriert und dort ein „Informationszentrum über Zwangsarbeit in Hamburg“ mit Fotos, Dokumenten usw. geschaffen. Zwischen

1940 und 1945 zwangen die Nazis rund 400.000 Menschen, für die Hamburger Industrie zu arbeiten.

Die Geschichtswerkstatt Bergedorf versteht sich als „Mittler zwischen den Generationen“. In „Erzählcafés“ berichten ältere Menschen über ihre Erlebnisse und Erfahrungen im Stadtteil. Diese Berichte werden regelmäßig in Büchern veröffentlicht. Die bisher rund 27.000 Exemplare kauften überwiegend jüngere Menschen des Stadtteils.

Die Geschichtswerkstatt Hamm kümmert sich um den Erhalt des einzigen unterirdischen Röhrenbunkers in Norddeutschland. Drei bis vier Mal in der Woche finden Führungen statt. Etwa 1.000 Menschen nutzen jährlich diese Möglichkeit, lebendige Geschichte zu erleben. Das Hammer Archiv – das u.a. auch rund 25.000 Fotos umfasst – wird jährlich von ca. 3.000 Menschen besucht.

Die Geschichtswerkstatt Ottensen betreibt eine ehemalige Drahtstifte-Fabrik mit Kesselhaus. Besucher werden dort über Industriegeschichte und historische Maschinen informiert. Im Archiv zeigen Fotos, Dokumente, Plakate, Flugblätter und Bücher die Entwicklung des ehemaligen Arbeiterviertels Ottensen bis heute.

Die Geschichtswerkstatt Wilhelmsburg sammelt zurzeit Dokumente und Zeugnisse über Emigrantenschicksale. Auf der Veddel lag die Auswandererbaracke der Hapag Lloyd. Viele der Auswanderer lebten später in dem New Yorker Stadtteil Williamsburg. Wilhelms-

burg und Williamsburg planen eine Stadtteilpartnerschaft und gemeinsame Veranstaltungen im nächsten Jahr.

Alle Geschichtswerkstätten kooperieren eng mit den Schulen, den Hochschulen, den Museen, Vereinen und Stadtteilinitiativen. Sie stellen Materialien bereit und werden jährlich von Zehntausenden Bewohnerinnen und Bewohnern sowohl als schulische als auch außerschulische Bildungsstätten genutzt. Viele Studierende, insbesondere aus den Fachbereichen Stadtplanung und Architektur, besuchen die Archive.

Geht es nach dem Willen des CDU-Schill-FDP-Senats, ist damit und auch mit den oben beschriebenen Projekten Ende des Jahres Schluss. Die Kulturbehörde hat den Geschichtswerkstätten ab 2004 sämtliche Zuschüsse – insgesamt 540.000 Euro – gestrichen, was ihre Schließung bedeutet. Die ehemalige Journalistin des Springer-Blattes „Bild“ und jetzige Kultursenatorin Dana Horáková, die bekanntlich eine Kulturpolitik mit viel Kommerz und Events nach Möbelpolitikart („wir brauchen den Glanz“) favorisiert, will die Streichung, „um nicht andere Einrichtungen durch pauschale Kürzungen zu gefährden“. Die Werkstätten fordert sie auf, für ihr Überleben selbst zu sorgen: „Eventuell ist auch eine noch stärkere ehrenamtliche Tätigkeit denkbar, die die Geschichtswerkstätten jetzt in eigener Verantwortung prüfen sollten.“ Diese rotzfrehche Aufforderung hat die Betroffenen be-

In letzter Zeit finden sich immer mehr Nachrichten, die befürchten lassen, dass die Haushaltskrise benützt wird, um Einrichtungen zu zerstören, die an Herrschaftmonopolen wie dem der Deutung der Vergangenheit kratzen.

Köln stellt historisches Archiv in Frage

Die Stadtverwaltung hat im Juni 2003 eine Beschlussvorlage eingebracht, die Abteilung Sammlungen und Nachlässe im Historischen Archiv aufzulösen. Die Bestände sollen eingemottet, Schenkungen zurückgegeben werden und künftige Erwerbungen unterbleiben.

Das Historische Archiv der Stadt Köln galt lange als das Flaggschiff unter den Kommunalarchiven in Deutschland, und das nicht nur, weil es das größte und eines der ältesten ist. Erstmals erwähnt wird es 1322, da hatte es noch in einer Kiste Platz; schon 1406 wird ein Gewölbe unter dem Rathausturm dafür bestimmt, zwei Jahre später wird es in vierunddreißig Abteilungen geordnet. Schriftgut aus achthundert Jahren ist hier versammelt und bildet das Rückgrat der verwahrten Überlieferung: Beschlüsse des Stadtrats sind seit 1320 protokolliert, zunächst nur die bedeutenderen, von 1513 an lückenlos. Stadtrechnungen sind seit 1370 erhalten, und 1367 beginnt die Reihe der 221 Briefbücher, die die Schreiben an andere Städte, Fürsten und

Herren enthält. Allein die Pergamenturkunden zählen 65.000 Stück.

Herausgestrichen wird die große Bedeutung der Nachlassabteilung: Seit nunmehr zehn Jahren ist das Institut dem kommunalen Spardruck ausgesetzt, von einst fünfzig Mitarbeitern sind dreißig übriggeblieben, eine allmähliche Auszehrung durch Leistungsanalyse, die, als „Controlling“ getarnt, vor allem die Abteilung Sammlungen und Nachlässe zu spüren bekam. Denn anders als beim amtlichen Schrifttum handelt es sich hier nicht um gesetzlich vorgeschriebene Aktivitäten. Doch sind es gerade diese Sammelgebiete, die das Kölner Stadtarchiv mit Einrichtungen wie dem Deutschen Literaturarchiv in Marbach oder dem Architekturmuseum in Frankfurt konkurrieren lassen. Was hier investiert wurde, lässt sich nicht in öffentlichen Mitteln beziffern, auch Vertrauen, Tradition und wissenschaftliches Renommee werden dafür eingesetzt, diese Bereiche auszu-

bauen. Nicht nur der Nachlass von Heinrich Böll, mit 380 Kartons der Platzhirsch, liegt hier, auch der von Irmgard Keun, Paul Schallück, Albrecht Fabri, Hans Mayer oder Vilma Sturm. Siebenhundert private Einzelfonds listet das Inventar auf.

Gravierend sind die Konsequenzen der geplanten Einmottung: „Das Vermächtnis der Sammler würde rückgängig gemacht“, erklärt der Leiter der Abteilung, Eberhard Illner, der um die eigene Glaubwürdigkeit fürchtet. Viele der Nachlässe sind Schenkungen, die mit der Zusage, dass sie wissenschaftlich aufgearbeitet und öffentlich zugänglich gehalten werden, anvertraut wurden. Andere wurden mit Drittmitteln etwa des Landes, der Kulturstiftung der Länder oder privater Stifter erworben. Diese Gelder müssten zurückgezahlt, Spendenbescheinigungen aberkannt werden. Den erwarteten Einsparungen in Höhe von 138.000 Euro stünden, so Illner, Regress-

Erklärung der Stifter: „.... Der entstehende Schaden ist nicht mehr zu revidieren. Eine Stadt, die eine zweihundertjährige Dokumentation ihrer kulturellen Vergangenheit auflöst, verzichtet auf ihre kulturelle Identität. Mit dieser Maßnahme liquidiert die Stadt ihr Gedächtnis. Außerdem verstößt diese Maßnahme gegen Treu und Glauben, da die Stifter ihre Archive für eine dauerhafte Präsenz und Nutzung übergeben haben ...“ 19.07.03, www.archiv.net

sonders empört. Die Werkstätten haben insgesamt nur 12 hauptamtliche, aber über 200 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mit der Schließung ist deren engagierte Arbeit zerstört. Und selbst wenn – was nicht zu leisten ist – die Werkstätten nur von Ehrenamtlichen betrieben werden würden, ohne die Zuschüsse können die Mieten, die Publikationen und die sonstigen Aufwendungen nicht mehr bezahlt werden.

Die Kulturbehörde begründet die Streichung der Zuschüsse für die Geschichtswerkstätten mit „den knappen Kassen“. Aber um Geld geht es dabei nicht. Mit der Streichung und der daraus folgenden Schließung will der Senat, wie schon zuvor bei anderen Einrichtungen, eine politisch unliebsame Institution wegsparen. Denn während wegen eines vergleichsweise lächerlichen Betrages das „soziale Gedächtnis“ von 14 Stadtteilen vernichtet wird, stellt die Kulturbehörde dem ehemaligen Springer-Vorstandsvorsitzenden Peter Tamm als Anschubfinanzierung für ein neues Haus seines privaten Marine- und Militariamuseums im nächsten und im übernächsten Jahr insgesamt 30 Millionen Euro zur Verfügung. Über den Charakter der kriegsverherrlichenden Tamm-Sammlung schreibt „Die Zeit“: „hakenkreuzübersäte Großadmiralsstäbe, mittelmäßige Schlachtengemälde und eine unübersehbare Flotte von (Kriegs-)Schiffsmodellen“.

(bab)



ansprüche von mehr als einer halben Million Euro gegenüber.

Doch nicht einmal dieses finanzielle Argument konnte die Beschlussvorlage bisher kippen, auch Bedenken des Rechtsamts blieben unerhört. „In der zweihundertjährigen Tradition der Nachlassgabe“, so Archivleiter Eberhard Kleinertz, „ist unser Haus noch nie in dieser Weise in Frage gestellt worden.“ Einen „irreparablen Schaden nicht nur für Köln“ befürchtet denn auch Tilo Brandis, der langjährige Leiter der Handschriftensammlung der Staatsbibliothek zu Berlin: „Eine totale Einstellung von Etatmittelzuweisungen würde diese bedeutende Sammlung nicht nur an einer kontinuierlichen Vermehrung hindern, sondern sie gleichsam als totes Sammlungsgut einer öffentlichen Benutzung und Auswertung künftig ganz entziehen und damit so gut wie wertlos machen.“ Die Nachricht, dass die Abteilung Sammlungen und Nachlässe aufgelöst werden soll, hat unter Kölner Stiftern Bestürzung ausgelöst. Doch weder dieses finanzielle Argument, noch Bedenken des Rechtsamtes konnten die Beschlussvorlage bisher kippen.

(Aus: Archivalia, <http://archiv.twoday.net/topics/Kommunalarchive> und www.archiv.net)

Stuttgart Das Stadtarchiv steht auf der „Giftliste“

Die Stuttgarter Zeitung meldete am Samstag, 7.7.2003, die Bürgermeister Klaus Lang und Klaus-Peter Murawski (Finanzen und Verwaltung) hätten ein Ideenpapier vorgestellt, auf der viele „freiwillige“ Leistungen der Stadt auf dem Prüfstand stehen: Im Kulturbereich soll das Stadtarchiv erheblich zur Ader gelassen werden; hier sind etwa vier von 21 Stellen bedroht. Dies sei tragbar, weil Stuttgart im Vergleich zu Karlsruhe personell besser dastehe.

Bericht aus: Archivalia, <http://archiv.twoday.net/topics/Kommunalarchive>

Alzey: Stadtarchiv-Frage weiter offen

Ohne Ergebnis hat am Freitag, den 27. Juni, die Arbeitsgruppe des Alzeyer Stadtrats getagt, der es um die Frage ging, ob das Stadtarchiv vor Ort bleiben oder an das Landesarchiv in Speyer abgegeben werden soll. Im Zentrum des Treffens stand die Präsentation des Konzepts der drei historischen Vereine, nach dem das Stadtarchiv auch künftig in Alzey bleiben soll. Die Vereine appellierten erneut an den Rat, eine funktionierende Einrichtung nicht einfach aufzugeben: Sprecher der Vereine, des Altertumsvereins, des Altstadtvereins und Vereins für Postgeschichte, wiesen darauf hin, dass es nicht sinnvoll sei, bestehende Strukturen zu zerschlagen. Mit ehrenamtlichen Helfern sei es durchaus möglich, das Archiv in Alzey zu bewahren. Dies werde nicht mehr kosten als die jährlichen Summen, die nach Speyer überwiesen werden müssten. Sorgen über den Datenschutz, der angeblich nicht mehr gewährleistet sei, wenn ehrenamtliche Archivare die Schriftstücke verwalteten, konnten aus dem Weg geräumt werden. Auch bei der Landesnervenklinik, hieß es, arbeiteten Historiker auf der Basis von Werkverträgen mit brisanten Dokumenten.

Aus den Reihen der Fraktionsmitglieder kamen vor allem Fragen zu technischen Details. So wurde erwogen, Räume im Keller des Aufbaugymnasiums zu mieten. Außerdem interessierten sich die Politiker auch für die Ausbildung der ehrenamtlichen Archivare, die nach den Vorstellungen der historischen Vereine die Akten künftig verwalten sollen. Auch über die derzeitigen Benutzerzahlen des Archivs wurde gesprochen. Nach Einschätzung von Beobachtern spricht die intensive Beschäftigung mit dem Konzept der Vereine dafür, dass sich im Rat möglicherweise eine Zustimmung für deren Vorschlag anbahnt.

Quelle: Main-Rheiner, 28.6.2003, www.archiv.net



Vor einer aufschlußreichen Abstimmung:

Bücherbegehren in München – Die Argumente

Bereits in der letzten Ausgabe hatten wir sehr ausführlich von dem "Bücherbegehren" berichtet, durch das in München die Schließung von Stadtteilbibliotheken abgewendet werden soll. Inzwischen liegt der Text vor, mit dem die Initiative ihr Anliegen begründet, und ebenso der Text, mit dem die rot-grüne Stadtratsmehrheit (SPD, B90/Die Grünen und Rosa Liste sowie der Vertreter der REP) den Bürgerinnen und Bürgern die Ablehnung empfiehlt. Die Minderheit im Stadtrat, in diesem Falle die CSU, die FDP, die PDS und die ÖDP hatte für einen Antrag von FDP und PDS gestimmt, sich der Begründung des Bücherbegehrens anzuschließen. Beide Texte (Dokumente auf der folgenden Seite) müssen nach den gesetzlichen Vorschriften durch die Stadt allen Wahlberechtigten zugeschickt werden. Wir dokumentieren die beiden Texte trotz ihres erheblichen Umfangs vollständig, weil der Verlauf und der Ausgang dieser Auseinandersetzung in mancher Hinsicht aufschlußreich sein wird.

In dieser Frage bestehen bei den Parteien im Stadtrat in vieler Hinsicht verdrehte Fronten. Nach Programmen und vielfach überprüfbaren Handlungsgrundsätzen der Parteien sollte es so sein, dass SPD, Bündnisgrüne, Rosa Liste, PDS und ÖDP das Anliegen des Bücherbegehrens unterstützen. Schließlich geht es darum, das demokratische Grundrecht der Informationsfreiheit konkret und unabhängig von Alter, Wohnort, Geldbeutel zu erschließen. Die elitären Komponenten in der Programmatik von CSU, der FDP und den REP sollten sie zu einer Missachtung der „Bibliothek in der Nachbarschaft“ tendieren lassen. Allerdings lebt bei der FDP die Erinnerung an frühbürgerliche Zeiten, wo man den Zugang zu Information und Wissen im Kampf gegen die Dunkelmänner aller Richtungen auf den Fahren stehen hatte. Und allerdings gibt es bei der CSU die Bindung an die christ-

Die Begründung der Initiative

Argumente für das „Bücherbegehren“ am 28. September 2003 – Münchner Stadtteilbibliotheken sind Informationsquelle und kulturelle Grundversorgung aller Münchnerinnen und Münchner, besonders der Kinder, der sozial Benachteiligten und älteren Bürger. Sie sind ein Grundpfeiler bürgernaher Stadtkultur, seit drei Jahrzehnten gute Münchner Tradition. Deshalb dürfen sie auch in der Finanzkrise Münchens nicht geopfert werden.

Die Landeshauptstadt München favorisiert langfristig ein Konzept von Mittelpunktsbibliotheken, für die jeweils mehrere Stadtteilbibliotheken zu schließen sind. Dieses Konzept ist nicht in der Lage, die nachfolgend angesprochenen Leistungen der Stadtteilbibliotheken zu erbringen. Zudem erfordert dieses Neuinvestitionen in Millionenhöhe, die im Mehrjahresinvestitionsplan der Stadt München noch nicht enthalten sind. Ab 2006 sind weitere Investitionen auch über Neuverschuldungen kaum mehr finanzierbar, d.h. dieses Konzept der Mittelpunktsbüchereien kann in absehbarer Zeit nicht realisiert werden. Wir wollen nicht, dass in wenigen Jahren zerstört wird, was in 30 Jahren gewachsen ist.

Was Stadtteilbibliotheken können! – Stadtteilbibliotheken dienen nicht nur der Ausleihe von Medien, sondern auch der aktuellen Lektüre vor Ort. Außerdem sind sie durch Lesungen, Ausstellungen und andere Veranstaltungen kommunikative Begegnungsorte für Jung und Alt. Sie tragen zur Identifikation mit dem Stadtteil bei und bieten ein Stück Heimat. Stadtteilbibliotheken beugen der Vereinsamung gerade älterer Bürger vor. Kulturschaffenden ist ein Forum im Stadtviertel geboten. Das Medienangebot ist traditionell den unterschiedlichen sozialen Bedürfnissen in den Stadtteilen

angepasst. So leistet das Medienangebot der Stadtteilbibliotheken einen unverzichtbaren Beitrag zum Informationsbedürfnis der Bürger, zur Förderung der Lesekultur und nicht zuletzt zur Integration von Ausländern. Stadtteilbibliotheken beleben das Stadtviertel. Mit OPAC (elektronischer Medienkatalog) hat die Landeshauptstadt München die perfekte Voraussetzung für eine dezentrale Struktur des Bibliothekswesens geschaffen. Jeder Nutzer kann künftig über Internet – auch in seiner Stadtteilbücherei – den gesamten Medienbestand aller Münchner Bibliotheken in seiner Stadtteilbibliothek bestellen und abholen. Wenn nun die Stadtteilbibliotheken geschlossen werden, bleibt diese Möglichkeit ungenutzt.

Was nur Stadtteilbibliotheken können! – Freie Information ist ein Menschenrecht. Dieses Recht des Art. 5 GG haben auch öffentliche Büchereien zu garantieren. Bibliotheken müssen für alle BürgerInnen leicht erreichbar sein. Ein enges Netz von Stadtteilbibliotheken kann dies gewährleisten. Mittelpunkts- und Zentralbibliotheken können dies nicht. Die Mobilität der Nutzer ist auch durch modernste Verkehrsmittel nicht beliebig herstellbar, insbesondere nicht für ältere Menschen und Kinder. Wenn der Weg zur Bibliothek mehr Zeit, mehr Geld sowie mehr Sorge um die Gefährdung der Kinder bedeutet, wird er unterbleiben. Dass der überwiegende Teil der Nutzer von Stadtteilbibliotheken aus einem Umkreis von bis zu 1,5 km stammt, spricht für die Bedeutung der fußläufigen Erreichbarkeit.

Was Stadtteilbibliotheken besser können! – Die Münchner Stadtteilbibliotheken befinden sich meist in der Nähe von Schulen und ergänzen wesentlich das Lehrangebot. Auf die dort vorhandenen Medien, Lesungen, Bibliothekseinführung, fachkundige Beratung und vor al-

lem auf die persönliche Begegnung mit Literatur in jeder Form kann für die schulische Bildung nicht verzichtet werden.

Der von der Landeshauptstadt München in Aussicht gestellte mobile Bücherdienst kann dieses nicht erfüllen, nur vorbestellte Bücher abliefern. Dies reicht nach den Ergebnissen der PISA-Studie nicht aus und trägt nicht zur Verbesserung der Lesekompetenz der Münchner SchülerInnen bei. Der Beitrag, den die Stadtteilbibliotheken zur Leseförderung, Wissensvermittlung, Bildung und zum Umgang mit modernen Medien bis hin zum Internet leisten, wirkt bei Kindern und Jugendlichen dem passiven Medienkonsum entgegen und ist somit für die Zukunft unserer Kinder und auch für unsere Zukunft von unschätzbbarer Bedeutung.

Wie Stadtteilbibliotheken überleben können! – Wir wollen *keine* Umverteilung im Kulturhaushalt zu Lasten anderer Kultureinrichtungen.

Wir wollen *keine* weitergehenden Kürzungen beim Bibliotheksetat, der nur ca. 1 % des Münchner Stadthaushalts umfasst.

Wir wollen *keine* weitere Ausdünnung des Medienetats. Wir wollen, dass die bestehende Leistungsfähigkeit der Münchner Stadtteilbibliotheken durch das fachkundige und qualifizierte Personal weiterhin sichergestellt ist.

Bereits ab 1993 haben die Münchner Stadtbibliotheken eine überproportionale Sparleistung erbracht, indem 63 Stellen eingespart wurden. Diese Vorleistungen der Stadtteilbüchereien zum Sparvolumen müssen angerechnet werden!

Mit diesem Sparbeitrag sowie der von unserer Initiative vorgeschlagenen und nun erfolgten Reduzierung der Öffnungszeiten (Einsparung von 470.000 Euro) und einer Anhebung der Benutzergebühren wurden bereits extrem hohe

liche Soziallehre, die gebietet, alle Menschen an der Gesellschaft irgendwie teilhaben zu lassen. (Wie der REP im Stadtrat abstimmt ist gemäß der Tradition der germanischen List ganz unterschiedlich.)

Die Spannungen, die innerhalb der Parteien, vor allem bei der SPD und den Grünen in dieser verwundenen Situation entstehen müssen, fordern eine Diskussion, für deren Verlauf der Ausgang des Bücherbegehrens wichtig sein wird. Die Argumente, die jetzt in der Öffentlichkeit zur Abstimmung stehen, werden je nachdem verstärkt oder abgeschwächt in die Debatte der Parteien zurückfallen und die Richtung der Diskussion beeinflussen. Werden die Bürgerinnen und Bürger der Stadt dem Antrag und der Argumentation des „Bücherbegehrens“ in ausreichender Zahl beipflichten, wird jenseits allen Haarspaltens entschieden sein, dass der Trend zu den Mittelpunktsbibliotheken ein Trend weg von der Konzeption der solidarischen Stadt ist.

Scheitert das Begehren sang- und klanglos, werden die meisten Leute wohl meinen, dass der Bedarf an diesem öffentlichen Gut auch in der neuen Struktur einigermaßen befriedigt werden kann. Sollte es dazu kommen, dass das Bücherbegehren bei ausreichender Beteiligung der Mehrheit verfehlt, würde eine dem entsprechende Politik der Restriktion öffentlicher Angebot beflügelt. Die Farben rot und grün würden auch in der Münchner Kommunalpolitik stärker hervortreten, würden – ja was eigentlich?

Das von der rot-grünen Mehrheit vertretene Konzept (siehe unten) versteht sich am leichtesten als klientel-orientierte Politik. Es gibt Situationen und Lebenslagen, in denen die „Bibliothek in der Nachbarschaft“ nicht so reizvoll erscheint, wie eine mit dem öffentlichen Verkehrsmittel rasch erreichbare Schwerpunkteinrichtung höherer oder höchster Qualität. Solche Leute werden angesprochen und zwar nicht politisch,

sondern als Privatleute, mit ihren ganz persönlichen Interessen. Sie, die man als meinungsführende Persönlichkeiten sieht, denen der große Haufe letztlich folgt, sollen durch Begünstigung gebun-



Einsparungen im Bibliotheksetat erbracht.

Die Münchner Stadtteilbibliotheken erfüllen zahlreiche referatsübergreifende Bedürfnisse (Personal- und Schulreferat, Krankenhausbüchereien), die aus dem Kulturtopf erbracht werden. Hier verweisen wir auf die vom Münchner Stadtrat beschlossene interne Kostenverrechnung innerhalb der betroffenen Referate, die bisher im Bereich der Münchner Stadtbüchereien nicht durchgeführt wurde.

Weitere Finanzquellen sind Buchpatenschaften sowie die Förderung über Sponsoren/Mäzene. Die Bildung von „Förderkreisen zur Erhaltung der Münchner Stadtteilbibliotheken“ ist anzustreben.

Wie sich Münchner Stadtteilbibliotheken entwickeln sollen! – Die Stadt München hat die Schließungen der Stadtteilbibliotheken in Au und Solln trotz Kenntnis des laufenden Bürgerbegehrens auf eine die Bedürfnisse der Münchner Bürgerinnen und Bürger missachtende Art und Weise durchgezogen und die BürgerInnen Münchens vor vollendete Tatsachen gestellt. Dies darf kein Argument sein, Wiedereröffnungen als unrealistisch abzulehnen. Mit dieser Entscheidung wurde das garantierte demokratische Recht des Bürgerbegehrens übergangen. Deshalb schließt unser Begehren die erneute Errichtung der Stadtteilbüchereien in Au und Solln mit ein. Anfallende Kosten wurden allein durch die Schließungen im Vorgriff verursacht.

Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen ist es um so wichtiger, die soziokulturelle Grundversorgung durch die Münchner Stadtteilbibliotheken aufrechtzuerhalten. Leistungsfähige Bibliotheken orientieren sich an den Bedürfnissen der Menschen.

den werden. Das ist bis in die Struktur der Argumentation erkennbar, in der die „Spitzenstellung“ der Münchner Bibliotheken herausgestrichen wird, eine Art der Argumentation, wie sie sonst vor allem die CSU anwendet. (Wer Bayern und seinen MP kennt, – und seit er voriges Jahr Kanzler werden wollte, kennen ihn praktisch alle – weiß auch, dass Stoiber die Leute anspricht, indem er verspricht, erst Deutschland und jetzt wieder Bayern in eine „Spitzenstellung“ zu führen.) Die S. muss unter hartem Konkurrenzdruck erkämpft werden. Um eine S. zu erreichen oder zu erhalten, ist es erlaubt und auch nötig, Ballast abzuwerfen. So weit ist alles bekannt. Woher bezieht die Rede ihren Anklang?

Bei der Organisation des täglichen Lebens werden die Konsumgüter nach der Methode des Vergleichens gesichtet. Unter Spitzenprodukten werden solche verstanden, die ein Maximum des erwarteten Gebrauchswert oder Konsumgenus-

Münchner Stadtrats sagt Nein!

Der Stadtrat sagt „Nein“ zum Bürgerbegehren! – Das sicherlich gut gemeinte Begehren würde die Münchner Stadtbibliotheken insgesamt gefährden; denn es will, dass zwei bereits geschlossene und aufgelöste Stadtteilbibliotheken wieder eingerichtet werden. Dies würde angesichts knapper Mittel zu Lasten aller Münchner Bibliotheken gehen, die dann einem noch weiter verschärften Sparzwang ausgeliefert wären. Der Stadtrat sagt aber „nein“ zu einer radikalen Reduzierung der Öffnungszeiten, zu einer drastischen Erhöhung der Bibliotheksgebühren oder zu Kürzungen beim Ankauf neuer Bücher und Medien. Ebenso lehnt er eine finanzielle Mehrbelastung anderer Einrichtungen ab.

Münchens Stadtbibliotheken sind Spitze! – Münchens Stadtbibliotheken sind Spitze in Qualität und Service. Sie bieten einen modernen und attraktiven Medienbestand sowie benutzerfreundliche Öffnungszeiten bei sozial gerechten Gebühren. Seit Januar diesen Jahres können Bücher auch per Internet von zu Hause aus bestellt werden. Andere Städte beneiden uns um unser Bibliothekssystem, das mit 4,77 Millionen Besuchern im letzten Jahr Rekordzahlen vorweisen kann.

Bibliotheken wurden besonders geschont – München gibt jedes Jahr 32 Millionen für die Bibliotheken aus. Das ist ein Viertel aller Kulturausgaben. Aufgrund der erschreckenden Einbrüche bei den Steuereinnahmen muss die Stadt in den nächsten drei Jahren 140 Millionen Euro einsparen. Dazu müssen alle beitragen. Die Forderung, die Bibliotheken ganz auszunehmen, würde andere Einrichtungen über Gebühr belasten oder sogar gefährden. Wegen der hohen Bedeutung der Stadtbibliotheken hat der Stadtrat allerdings den Sparbeitrag der

Bibliotheken um 1,5 Millionen Euro jährlich gesenkt und damit ein deutliches Zeichen gesetzt.

Zukunftskonzept des Münchner Stadtrats – Im Norden Münchens, in Neuhausen und in Giesing entstehen drei neue Mittelpunktbibliotheken.

Die neuen Standorte sind mit dem MVV optimal erreichbar und werden kulturelle Treffpunkte für ihren gesamten Einzugsbereich. Erst nach der Fertigstellung werden jeweils zwei kleine Standorte zusammengelegt. In den neuen Mittelpunktbibliotheken sind die Nebenkosten wie Miete, Reinigung und EDV-Technik geringer. Deshalb bieten sie neuere Medien auf mehr Fläche und damit einen besseren Service. Damit wird das historisch gewachsene System weiterentwickelt und auch künftig alle Stadtbezirke und Bevölkerungsgruppen gerecht mit einem dichten Bibliothekennetz und einem vorbildlichen Medienbestand versorgt.

Keine weiteren Schließungen – dauerhafte Sicherung – Neben den bereits erfolgten Schließungen von zwei Standorten in der Au und Solln-Forstenried, wird es nach dem Willen des Stadtrates keine weiteren Schließungen geben. Nur mit dem Konzept des Stadtrats hat die Münchner Stadtbibliothek eine positive Perspektive und werden über 20 Stadtteilbibliotheken dauerhaft gesichert. Zusätzlich gibt es den Gasteig, die Monacensia, die Juristische Bibliothek und zahlreiche Krankenhaus-, Altenheim-, Fahr- und Schulbibliotheken. München nimmt damit in Europa eine Spitzenposition ein.

Das muss so bleiben:

- ohne Reduzierung der Öffnungszeiten
- ohne Kürzungen des Ankaufsetats und
- ohne drastische Gebührenerhöhungen

ses repräsentieren. Wer die Wahl (hier das Geld) hat, greift zum Spitzenprodukt. Wer das Geld nicht hat, schaut unter dem selben Gesichtspunkt auf das Preis-Leistungs-Verhältnis. Was soll falsch daran sein, ein Wirtschaftsgut oder eine Dienstleistung mit dem Marktgeschrei anzupreisen, sie sei „einfach“ oder auch „für diesen Preis“: „Spitze“?

Das für die individuelle Kaufentscheidung unerlässliche Kriterium blendet die volkswirtschaftliche Beziehung aus. Wer einen Apfel kauft, nimmt einen guten und fragt bei dieser Gelegenheit nicht, was mit den angestoßenen Äpfeln geschieht, und auch nicht, wer sich einen Apfel leisten kann und wer nicht.

Wer sich so ansprechen läßt, bleibt als Einzelner stehen, auf seinen ganz persönlichen Horizont beschränkt, wie es im alten Griechenland hieß, als Idiot. Das politisch-ökonomische, volkswirtschaftliche Moment, wie nämlich das Gesamtangebot zur Gesamtnachfrage steht, das

zu beurteilen bleibt anderen überlassen, die zur Herrschaft berufen sind.

Nun war es bei der Unterschriftensammlung nach durchgängiger Erfahrung und einhelligen Berichten so, dass die Angesprochenen die Frage der „Bibliothek in der Nachbarschaft“ als politische begriffen, bei der das Angebot in seiner Wirkung auf Alle zu berurteilen ist. Es waren nur ganz wenige, die privatistisch, eben als Idioten im klassischen Sinn antworteten: „Ich geh’ sowieso in die UB“.

Es wird sich also auch zeigen, ob der Rückzug der Bevölkerung aus der politischen Verantwortung, die Reduktion auf die ganz privaten Sorgen weitergeht, oder ob in einer Frage, deren weit reichende Bedeutung nur den politisch Aufmerksamen klar wird, politische Öffentlichkeit entsteht, stark genug, um der Tätigkeit der Verwaltung einen Rahmen, der Debatte der Parteien aber ein Ziel zu setzen.

maf

Soziale Verwüstungen: KÖLN.

Die PDS Offene Liste kritisiert im Finanzausschuss schwarz-grüne Politik. Auf der Sitzung des Finanzausschusses erklärte Ratsmitglied Jörg Detjen zu den schwarz-grünen Haushaltskonsolidierungen: „Gegenüber der Giftliste von OB-Schramma bleiben die Ansätze weiterhin unsozial. Wichtige soziale und kulturelle Einrichtungen, wie z.B. die Geschäftsstellen der Volkshochschulen in den Stadtbezirken, der Bibliothekenbus, Sprachtraining für jugendliche Migranten u.a. entfallen ganz und anderen werden die Mittel so weit entzogen, dass die Existenz gefährdet ist wie z.B. die Bürgerzentren, Bezirksjugendpfleger, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und die Rheinische Musikschule. Mit unserem Antrag auf eine moderate Anhebung der Gewerbesteuer wären sehr viele soziale Einrichtungen zu retten. Mit 150 Euro im Monat könnten 11 000 Gewerbesteuerzahler einen wesentlichen sozialen Beitrag leisten.“
www.pds-koeln.de

„Sale and lease back“: WIESBADEN. Finanzminister Karlheinz Weimar (CDU) hat sich dagegen ausgesprochen, dass Kommunen auf Kosten der Allgemeinheit Steuerschlupflöcher nutzen. Weimar verteidigte die Entscheidung der Oberfinanzdirektion Frankfurt, vorab keine verbindliche Zusagen über die steuerliche Anerkennung von „Sale and lease back“-Geschäften zu machen. Bei diesem umstrittenen Geschäft verkaufen die Kommunen Immobilien an Stiftungen, um sie anschließend wieder zurück zu leasen. Von dem Steuervorteil, der den Stiftungen daraus entsteht, erhalten die Kommunen einen verhältnismäßig kleinen Anteil. Kritiker wenden ein, dass an dem Geschäft vor allem Anwaltsbüros, Finanzdienstleister und zum Teil auch Stiftungen profitieren, die bisweilen von reichen Familien eigens zum Zwecke der Steuerersparnis gegründet worden seien. Verlierer sei die öffentliche Hand insgesamt, weil der Steuerkuchen zu Gunsten der hinter den Stiftungen stehenden Personen und ihrer Berater deutlich verringert werde.
FR 24. 7. 2003; ausführliche Dokumentation: www.meinepolitik.de

Busverkehr darf bezuschusst werden: BERLIN. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) im Fall Altmark Trans – Magdeburg begrüßt. Mit diesem EuGH-Urteil wurde bestätigt, dass die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs in Deutschland europarechtsgemäß, vor allem mit dem europäischen Beihilferecht vereinbar ist. Der EuGH hatte entschieden, dass öffentliche Zuschüsse grundsätzlich als Ausgleich an Ver-

kehrsunternehmen gezahlt werden dürfen, damit diese Dienstleistungen im allgemeinen Interesse erbringen können. Das bedeutet im ÖPNV-Bereich z.B. eine kontinuierliche Gewährleistung des Verkehrsangebots auch in weniger besiedelten ländlichen Gegenden. Außerdem hat der EuGH bestätigt, dass das europäische Recht keine allgemeine Ausschreibungspflicht im Bereich der Daseinsvorsorge kennt. Die Städte und Gemeinden können diese Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger selbst erbringen oder ihre Unternehmen damit beauftragen. Damit besteht zudem auch Arbeitsplatzsicherheit für die jetzt in den kommunalen Verkehrsbetrieben Beschäftigten.

www.dstgb.de

Einnahme- und Ausgabestatistik 2002: Köln. Der Deutsche Städtetag (DST) hat jetzt eine auf eigenen Berechnungen und Angaben des Statistischen Bundesamtes beruhende kommunale Einnahmen-Ausgaben-Bilanz für das Jahr 2002 vorgelegt. Da dieses Jahr kein Gemeindefinanzbericht erstellt wurde, fehlte bislang die komplette Übersicht zum Stand der Kommunalfinanzen.

Die Verwaltungshaushalte verzeichneten 2002 Gesamteinnahmen von 125.149 Mio. Euro und Gesamtausgaben von 120.905 Mio. Euro, die Vermögenshaushalte Einnahmen von 19.391 Mio. Euro und Ausgaben von 28.295 Mio. Euro. Daraus ergeben sich bereinigte Einnahmen von 144.540 Mio. EUR gegenüber bereinigten Ausgaben von 149.200 Mio. EUR, macht einen Finanzierungssaldo von -4.660 Mio. EUR.

Die Einnahmen der Verwaltungshaushalte setzen sich zusammen aus: Steuern (netto) 47.493 Mio. EUR (entspricht -3,2% gegenüber dem Vorjahr), Zahlungen von Bund/Land 39.767 Mio. EUR (+1,1%), Gebühren 16.092 Mio. EUR (-2,7%) und Sonstige Einnahmen 20.534 Mio. EUR (+8,4%).

Die Ausgaben der Verwaltungshaushalte waren für Personal 40.072 Mio. EUR (+1,9%), für Laufenden Sachaufwand 29.317 Mio. EUR (+2,7%), für Soziale Leistungen 28.168 Mio. EUR (+3%), für Zinsdienste 5.130 Mio. EUR (-3,3%), für Zahlungen an öff. Bereich 6.744 Mio. EUR (+2) und Sonstige Ausgaben 11.474 Mio. EUR (+4,8%).

Besonders auffällig ist bei der fiskalischen Einnahmeseite der Einbruch der Gewerbesteuern (netto), die mit 15.795 Mio. EUR minus 7,9% unter dem Vorjahresergebnis lagen. Zwar stiegen die Gewerbesteuererinnahmen in den neuen Bundesländern um 1,9%, aber in den alten Bundesländern war dafür ein Minus von 8,6% zu verzeichnen.

Quelle: Mitteilungen des DST, Folge 7

Zusammenstellung: ulj

Belegschaften werden immer älter / Aus der Diskussion der IG Metall

Daimler-Betriebsrat Erich Klemm:

Man darf Anlagen nicht nur für 26-Jährige bauen

IG Metall regional, ein Informationsblatt der IG Metall für die Region Stuttgart, berichtet über die Diskussion, welche Folgen aus der Änderung der Altersstruktur der Belegschaften zu ziehen sind. Wir dokumentieren.

Das Beispiel Fahrion, der gezielt ältere Beschäftigte gesucht hatte, bleibt eine Ausnahme“, berichtete Frank Iwer bei der Tagung „Arbeit-Alter-Qualifizierung“ im Stuttgarter IHK-Haus. In den wenigsten Betrieben, so der Chef des Stuttgarter IMU-Instituts, werde die Altersstruktur der Belegschaft und der demographische Wandel zum Thema gemacht. Altersgerechte Personalkonzepte fehlten. Die Tagung wurde von der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, der IG Metall und dem Verband Region Stuttgart organisiert. Der Anteil älterer Beschäftigter in der Region Stuttgart werde sich bis 2010 etwa auf 25 Prozent verdoppeln, erklärte Frank Iwer vor Personalchefs, Betriebsräten und Vertretern der Wirtschaftsverbände und der Gewerkschaften. Die Wirtschaft müsse sich darauf einstellen, ihre Leistungsfähigkeit mit einer immer älteren Belegschaft zu erreichen. Im krassen Widerspruch dazu stehe allerdings die sehr geringen Weiterbildungsanstrengungen für diesen Personenkreis. Zur Zeit seien die über 50-Jährigen nur mit zehn Prozent am Weiterbildungsvolumen beteiligt. Ein weiteres Problem sei der gesundheitliche Verschleiß, der häufig zu Frühverrentung führe. Iwer: „Unabhängig von der jeweiligen Altersgrenze der Sozialversicherung schwankt das durchschnittliche Verrentungsalter seit vielen Jahren um die 60 Jahre.“

Dieses Thema spielte auch in den anderen Vorträgen und den Workshops eine große Rolle. Hartmut Buck vom Fraunhofer-Institut für Arbeitswissenschaft und Organisation erklärte, wie langfristige einseitige Belastungen zu Erkrankungen führen können. Klaus Schall, der Personalchef von Geberit in Pfundendorf, bestätigte die Einschätzung. Geberit habe deshalb 1996 mit einem konsequenten Gesundheitsmanagement begonnen und damit den Krankenstand um zwei Prozent-Punkte gesenkt. Angeboten wurden unter anderem Seminare zur Stressbewältigung, Workshops für Führungskräfte, Aktionswochen zur gesunden Ernäh-

rung sowie Rückenschulen und -massagen in der Firma. Wolfgang Alles berichtete, wie bei der Alstom Power Generation AG in Mannheim (früher ABB) Gefährdungen systematisch abgebaut werden. Sensibilisiert waren die Mannheimer schon deshalb, weil viele Kollegen vor Eintritt ins Rentenalter gestorben sind. Dies gelte aber nicht nur für Alstom. Die Zahlen für die gewerblichen Beschäftigten der Metallindustrie, so Betriebsrat Alles, seien erschreckend. Ein Drittel scheidet vor Eintritt ins Rentenalter wegen Berufsunfähigkeit aus, ein weiteres Drittel stirbt.

Die Mannheimer haben deshalb seit 2001 systematisch an jedem Arbeitsplatz die physischen und psychischen Belastungen analysiert und Abhilfen vorgeschlagen. Knapp die Hälfte der Vorschläge wurde inzwischen umgesetzt. Grundlage dieser Arbeit ist das seit 1996 gültige Arbeitsschutzgesetz. Erich Klemm, der Betriebsratsvorsitzende von Daimler in Sindelfingen, fordert, dass die demographische Entwicklung schon bei der Planung einer neuen Baureihe berücksichtigt wird. Denn das Durchschnittsalter der Arbeiter, die dieses Auto in zehn Jahren montieren werden, sei vier bis sechs Jahre höher als heute. Der Betriebsrat wolle aus diesem Grunde einbezogen werden bei Produktentscheidungen sowie der Planung von Produktionsverfahren und Arbeitsabläufen. Klemm: „Man darf die Anlagen nicht nur für 26-Jährige bauen.“ Der Daimler-Betriebsrat be-



dauert deshalb die zunehmende Tendenz zu kürzeren Taktzeiten. Stattdessen würde er sich lieber an dem in den 90er Jahren entwickelten Gruppenarbeitsprinzip orientieren.

Wichtig sei auch eine verstärkte Qualifizierung der Beschäftigten. Dabei müsse auch der besondere Bedarf von Älteren oder Leuten mit Einsatzeinschränkungen berücksichtigt werden, sagte Klemm. Dieter Knauf, der Sprecher der IG Metall Region Stuttgart, verwies darauf, dass der vor zwei Jahren vereinbarte Qualifizierungstarifvertrag für die Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg ein hervorragender Hebel sei, um die Weiterbildung in den Unternehmen voranzubringen.

Weitere Informationen: www.arbeit-alter-qualifizierung.de, www.bw.igm.de/region/stuttgart/ www.igmetall.de/gesundheits/

Pausen bei kurzen Taktzeiten Wer A sagt muss auch B sagen

„Scheibenwischer“, die IG-Metall-Betriebszeitung bei Daimler Chrysler Stuttgart, berichtet über eine Betriebsversammlung in Stuttgart Untertürkheim, wo der Betriebsratsvorsitzende Helmut Lense über das Ergebnis der Auseinandersetzung um die Erholzeiten berichtete. Die Firma hat bei den Montagearbeitern die Gruppenarbeit weitgehend abgeschafft und das alte Bandsystem mit extrem kurzen Taktzeiten wieder eingeführt.

„Wir haben uns durchgesetzt“ tönte Helmut Lense voller Stolz durch die Lautsprecher und berichtete über den Verlauf der Verhandlungen zu den Erholpausen in der Montage. „Nur durch eure Unterstützung und unsere Hartnäckigkeit konnten wir die Pausen, die den Kolleginnen und Kollegen in der Montage zustehen, wieder zurückholen!“ Kollege Lense beschrieb ausführlich die strenge Haltung der Werkleitung, die wäh-

rend der Verhandlungen immer wieder ihr Unverständnis über die berechtigte Forderung der Beschäftigten äußerten. Als unverschämte und völlig überzogen schilderte Kollege Lense die Drohungen der Werkleitung, dass durch die Erhöhung der Pausen der Standort UT gefährdet würde. „Wer A sagt, muss auch B sagen – Sprich: Wer in den Montagen die alten Taktzeiten zurückholt, muss auch logischerweise die alten Pausenzeiten wieder einführen“ machte Helmut Lense deutlich. Der Applaus der Beschäftigten auf dieser Versammlung gab ihm recht.

In der anschließenden Diskussion äußerten sich dann auch Montagearbeiter in gleicher Weise wie der Betriebsratsvorsitzende und unterstrichen die Notwendigkeit dieser Pausen. Dieses Beispiel zeigte deutlich, wenn Belegschaft und Betriebsrat eng zusammenarbeiten, wird dies meist von Erfolg gekrönt.

Wirtschaft kritisiert Hochschulen. HB, Freitag/Samstag 18./19.

7.03. – „Die Hochschulen haben ihre Hausaufgaben nicht gemacht“, so BDI-Vizepräsident und Präsident des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft A. Oetker. Er kritisiert die unzureichende Anpassung der deutschen Hochschulen an die neuen europäischen Gegebenheiten und mahnt einen „wirklichen Paradigmenwechsel, eine inhaltliche Neuorganisation“ an. „Es mangelt in den neuen Studiengängen dramatisch an der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen für die Berufswelt ... Abschlüsse müssen marktfähig sein, die Universitäten sollen die Praxis mehr bei der Forschung als auch bei der Ausbildung hineinholen.“ Um den deutschen Hochschulen auf die Sprünge zu helfen, will sich der Stifterverband, (in dem die „wichtigsten deutschen Unternehmen“ vertreten sind) bei der Neukonzeption von Studiengängen engagieren.

Gesamtmittel: „Dialog mit der IG-Metall-Führung“. HB, Dienstag, 22.7.03.

– M. Kannegeßer, Gesamtmetall-Präsident, lädt die künftige IG Metall-Führung zum permanenten Dialog über die Zukunft der Tarifpolitik ein. „Die Zwickigkeiten in der IG-Metall-Führung belasten die tarifpolitische Sacharbeit schon länger ... Die Gremien der IG-Metall müssen selbst entscheiden, ob und mit welchem Führungspersonal sie einen Neubeginn wollen“. Der Konfliktlösungsmechanismus, der ... bisher praktiziert wird, ... „passt nicht mehr in unsere Welt: Man sagt immer, die geringe Zahl der Streiktage zeige die Funktionsfähigkeit des deutschen Tarifsystems. ... Es liegt wohl daran, dass der Friede oft mit unangemessenen Tarifabschlüssen erkauft werden muss. ... Produkte mit hoher Qualität zu niedrigen Kosten bekommt man heute überall auf dem Weltmarkt ... unser Hauptvorteil ist die Kundenbezogenheit, die hohe Anforderungen an Mitarbeiter und Betriebsorganisation stellt. ... (wir) brauchen dazu einen Rahmen, um eventuelle Konflikte im betrieblichen Miteinander lösen zu können.“

DIHT von Urteil des Europäischen Gerichtshof enttäuscht. FAZ, Freitag, 25.

7.03. Öffentliche Zuschüsse für Regionalverkehr verstoßen nicht gegen Europarecht. Kläger war ein Privatunternehmen, dessen Konkurrenzfirma die Behörden im Landkreis Stendal in Sachsen-Anhalt Zuschüsse zahlten. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHT) äußerte gegenüber dem Richterspruch: „Das erhoffte mutige Plädoyer für mehr Wettbewerb im Bus- und Bahnverkehr ist ausgeblieben.“

Presseauswertung: rst

**Zum Abschluss der Arbeit
des Europäischen Verfas-
sungskonvents erklärt die
PDS-Europaabgeordnete Dr.
Sylvia-Yvonne Kaufmann, Mitglied des
Europäischen Konvents:**

Heute hat der Konvent seine Arbeit offiziell beendet und einen Verfassungsentwurf für die Europäische Union vorgelegt, der ab Oktober von einer Regierungskonferenz abschließend geprüft wird. Es ist von historischer Bedeutung, dass damit erstmals in der Geschichte der EU eine Verfassung entstehen kann.

Der vorliegende Verfassungsentwurf trägt Kompromisscharakter. In ihn sind die unterschiedlichen Interessenlagen und Vorstellungen der Regierungen der Mitgliedstaaten und Beitrittsländer, der verschiedenen politischen Kräfte und der Zivilgesellschaft eingeflossen. Auch in meiner Fraktion im Europäischen Parlament gibt es sehr unterschiedliche Meinungen zur europäischen Integration, zur Europäischen Union und zum europäischen Verfassungsprozess.

Der heute verabschiedete Entwurf enthält im Vergleich zur derzeitigen EU zahlreiche Fortschritte. Er wird die Europäische Union auf jeden Fall demokratischer machen und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger stärken. Im Teil I des Vertragstextes wurde die Möglichkeit dafür eröffnet, dass die EU sozialer werden kann. Das ist insgesamt positiv zu bewerten und für mich als Mitglied des Konvents ausschlaggebend dafür, den Verfassungsprozess zu unterstützen.

Allerdings ist der nunmehr vorliegende Text im Hinblick auf die soziale Ausrichtung der Union nach wie vor in sich nicht stimmig im Hinblick auf die Werte und Ziele auf der einen und einzelnen Politikbereichen auf der anderen Seite. So wird in Teil I Vollbeschäftigung als Ziel europäischer Politik formuliert, während in Teil III – wie im jetzigen EG-Vertrag – lediglich von einem anzustrebenden hohen Beschäftigungsniveau die Rede ist. Es ist ferner für Bürgerinnen und Bürger kaum nachvollziehbar, wenn einerseits von „sozialer Marktwirtschaft“ und an anderer Stelle im neoliberalen Verständnis von „offener Marktwirtschaft“ gesprochen wird. Die Regierungskonferenz muss diese Widersprüche entsprechend der in Teil I fixierten Werte und Ziele korrigieren. Meiner festen Überzeugung nach muss künftig auch der Sozialbindung des Eigentums ein höherer Stellenwert als der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit eingeräumt werden.

Absolut inakzeptabel sind all jene Bestimmungen, die die weitere Entwicklung der EU hin zu einer Militärmacht befördern. Es ist ein gefährlicher Irrweg zu glauben, die EU müsse aufrüsten, um in der Welt eine anerkannte Rolle spielen zu können. Ich bin fest davon überzeugt: Internationales Ansehen wird die Europäische Union dann erlangen, wenn ih-

re Wirtschaft nachhaltig prosperiert, eine beispielhafte Sozialpolitik Arbeitslosigkeit sowie Armut entschlossen bekämpft und eine gemeinsame Friedenspolitik nach außen entwickelt wird, die auf zivile Prävention und Konfliktlösungen setzt und mit den Menschen der südlichen Hemisphäre aktiv Solidarität übt.

Europa braucht endlich eine breite öffentliche Diskussion über seine Zukunft. Deshalb müssen die Bürgerinnen und Bürger das letzte Wort über die Verfassung haben. Ich plädiere dafür, dass auch in Deutschland ein Referendum über den endgültigen Verfassungstext durchgeführt wird.

Mit PDS – Studiengebühren light?!

Mit dem Vorschlag, in Berlin Studienkonten einzuführen, hat Wissenschaftssenator Dr. Thomas Flierl den Bogen überspannt. Langzeitstudierende sollten nach seiner Vorstellung zukünftig ca. 500 Euro pro Semester zahlen, um weiterhin an Berliner Hochschulen studieren zu dürfen.

Damit wird unsere jahrelange gemeinsame politische Arbeit gegen die Untergrabung des kostenfreien Studiums ad absurdum geführt. Den bisher von konservativen oder sozialdemokratischen Landesregierungen gestarteten Testläufen gegen das kostenfreie Studium für alle sind wir entschlossen entgegengetreten – als Beispiel seien hier Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, aber bisher auch Berlin genannt. Dass nun ausgerechnet ein PDS-Senator einen ähnlichen Weg gehen will betrachten wir als einen Skandal.

Wir – junge Menschen in der PDS – fühlen uns von der Politik als Sündenbock für jahrzehntelange Misswirtschaft in Berlin missbraucht.

Die Behauptung, dass Studienkonten in Berlin keinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten, ist Augenwischerei. Tatsächlich haben Studienkonten aber Auswirkungen auf den Berliner Haushalt. Studienkonten spekulieren auf Langzeitstudierende, die für ihre verlängerte Studienzeit zahlen müssen, um damit zusätzliche Einnahmen für den Landeshaushalt zu erhalten.

Darüber hinaus liegt der Idee der zeitlichen Reglementierung ein weiterer, wohl nicht ganz einfach aufzulösender Konflikt zu Grunde, der sich in der Begründung für dieselbe wieder findet:

„Sicher ist jedoch, dass es eine zeitliche Begrenzung geben muss, um einen Missbrauch des Studierendenstatus vorzubeugen.“ (Dr. Thomas Flierl, Studienkonten statt Studiengebühren, 24.6.03)

Differenziert werden muss aber zwischen Studierenden, die ihr Studium nicht in der Regelstudienzeit abschließen können, es aber versuchen, und einer absoluten Minderheit von Studierenden, die mit Absicht lange studiert, so gut wie nie an der Hochschule ist und keine Ressourcen verbraucht – damit z.B. keine Se-

minarplätze belegt und ergo auch nichts kostet. Diese nun aber zu quasi „Sozialschmarotzern“ zu stilisieren und im Sinne der konservativen „Sozialmissbrauchsdebatte“ zu bestrafen, ist nicht zweckmäßig und politisch bislang durch die PDS abgelehnt worden.

Eine nachvollziehbare Begründung dafür, was denn den Studierendenstatus so attraktiv machen soll, dass er zum Missbrauch anregen könnte, wurde allerdings nie geboten. In der Regel bewegt sich dies auf dem Stammtischniveau, wo der Euro (damals noch die Mark) Ermäßigung beim Eintritt in Kinos, Schwimmbädern, Museen u.ä. vorgerechnet wird, gleichzeitig aber vergessen wird, welche Nachteile und Unsicherheiten sich eben auch aus diesem Status ergeben. Die Möglichkeiten, staatliche Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen, sind z.B. weitgehend eingeschränkt.

Die oftmals einzige Quelle zur Sicherung des Einkommens ist neben der – so vorhandenen familiären Unterstützung – die oftmals nicht sonderlich geschützte Erwerbsarbeit. Bei dieser handelt es sich zu großen Teilen eben nicht um die tollen Jobs, weil für diese zumeist ein Abschluss notwendig ist bzw. diese ein Teilzeitstudium gar nicht zulassen, weil die vollzeitige Anwesenheit im Job erwartet wird. Nein, zumeist sind es die berüchtigten Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich, von Taxifahrer, über Pizzaausfahrer, im Gastronomiegewerbe, Hilfsarbeiten usw. usf.

Was also so besonders attraktiv an diesem Status sein soll, dass man ihn zum Missbrauch aufrechterhalten soll, wäre erst einmal nachzuweisen.

Der Vorschlag von Thomas Flierl sieht ein kostenfreies Erststudium vor, für welches z.B. im Falle eines Diplomstudiengangs das Doppelte der Regelstudienzeit zur Verfügung stehen soll. Damit wird allerdings gleichfalls der Weg für eine zukünftige Verkürzung dieser kostenfreien Studienzeit geebnet.

Die Universitäten mit den schnellsten Studienabschlüssen sollen zudem höhere Finanzzuweisungen erhalten. Diese Vorgehensweise festigt die Ellenbogengesellschaft und reduziert Bildung auf einen institutionalisierten Wettbewerb. Die Folge ist die Einstellung nichtlukrativer Studiengänge. Unter der folgenden Verringerung der Fächerauswahl werden wiederum die Studierenden zu leiden haben ...

Katja Kipping (Stellv. PDS-Vorsitzende); Heike Werner (Hochschulpolitische Sprecherin PDS-Fraktion Sachsen); Anja Stiedenroth (Mitglied PDS-Parteivorstand); Michael Leutert (stellv. Landesvorsitzender PDS-Sachsen); Dominic Heilig (PDS-Bundesjugendreferent); Sebastian Koch (PDS Berlin); Mark Seibert (PDS Berlin); Lars Kleba (Jugendreferent Sachsen); Karsten Thürling (PDS-Jugend Sachsen); Thomas Grundmann (Jugendpolitischer Sprecher PDS-Sachsen); Wenke Christoph (PDS Brandenburg); Nora Schüttelpelz (PDS Berlin)

Zusammenstellung: jöd

„Wir bevorzugen einen Volkskongress Kurdistans“

Der seit mehreren Jahren auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali inhaftierte frühere Vorsitzende der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Öcalan, hat sich über seine Anwälte erneut an die Öffentlichkeit gewandt. Er kritisierte insbesondere die anhaltende Verweigerung einer politischen Lösung der kurdischen Frage durch die türkische Regierung. Nach Presseberichten verhandelt die türkische Regierung derzeit mit den USA über die Entsendung einer größeren Zahl türkischer Soldaten in den Irak. Die USA wünschen eine Verstärkung ihrer Truppen in dem von ihnen zusammen mit Großbritannien besetzten Land durch Truppen anderer Länder. Die Türkei fordert als Gegenleistung von den USA unter anderem die Vertreibung der noch im Norden Iraks (Süd-Kurdistans) sich aufhaltenden Guerillas der KADEK und zusätzliche Schritte gegen eine Stärkung der kurdischen Selbstverwaltung im irakischen Kurdengebiet. Angeblich sollen Teile der KADEK-Guerillas in letzter Zeit in die Türkei zurückgekehrt sein. In der türkischen und kurdischen Presse wird seit einiger Zeit wieder vereinzelt von Zusammenstößen zwischen türkischem Militär und KADEK-Guerillas berichtet. Gleichzeitig bereitet die Regierung in Ankara ein neues „Amnestiegesetz“ vor, das „reue“ kurdischen Guerillas bei Aufgabe des Kampfes Strafmilderung bis hin zu Straffreiheit versprechen soll. Führenden Mitgliedern der KADEK droht dagegen weiter die Einkerkierung und lebenslange Haft. Bis September, so fordert Öcalan, solle die türkische Regierung einen Fahrplan für eine Lösung der kurdischen Frage vorlegen. Sonst drohe eine Wiederaufnahme der bewaffneten Auseinandersetzungen. Hier ein Bericht der Anwälte Öcalans über ihre Gespräche mit dem inhaftierten früheren PKK-Vorsitzenden und jetzigen KADEK-Ehrenvorsitzenden im Juli, veröffentlicht auf der Homepage der ISKU. rül

In seiner Erklärung weist Öcalan nochmals darauf hin, dass das Ziel des Kongresses für Freiheit und Demokratie in Kurdistan nicht die Errichtung eines Bundesstaates sein könne. Insbesondere unter Bezugnahme auf die Ambitionen der vorherrschenden Parteien in Südkurdistans sagte er: „Ich stelle mich nicht gegen ihre Versuche, einen Staat zu gründen. Sollten sie dies tun, würden auch wir eine Reihe von Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen. Allerdings würde eine Staatsgründung kaum segensreiche Entwicklungen mit sich bringen, so dass wir statt dessen einen Volkskongress Kurdistans bevorzugen würden, und zwar nicht als Notlösung, sondern aufgrund

philosophisch-ideologischer Erfahrungswerte. Ich bin ebenso wenig Etatist, wie ich Anarchist bin. Unser Ziel ist nicht die pauschale Abschaffung des Staates; doch meine politische Arbeit hält eine klare Distanz zu Staat und etatistischen Auffassungen von Fortschritt. So wünsche ich mir die Einrichtung eines Kongresses, der als oberstes Organ des kurdischen Volkes fungieren kann, ohne aber ein Staatsorgan zu sein. Weder soll er wie der bestehende Nationalkongress Kurdistans (KNK) noch wie der Kongress für Freiheit und Demokratie in Kurdistan (KADEK) aufgebaut sein. Dennoch braucht diese Struktur ein gewisses Profil bzw. eine politische Identität. Sie muss sich deutlich von den in unserer Region so verbreiteten staatsähnlichen Parteistrukturen unterscheiden. Es geht darum, eine Kultur des demokratischen Kompromisses zu entwickeln, indem weder direkte Konfrontationen mit Staaten eingegangen werden noch von Rechtsansprüchen abgesehen wird. Damit kann eine Alternative zu den traditionell hierarchisch strukturierten Gesellschaften, zu Klassentrennung und Sklaverei geschaffen werden, wie sie den Kurdinnen und Kurden derzeit aufgezwungen werden. Solch ein Kongress ist eine angemessene, weil realistische und reichhaltige Lösungsstrategie, die den Kurdinnen und Kurden einen Maximalgewinn an Freiheit bieten kann anstelle von Versklavung. Wir brauchen keinen Staat, dessen Gründung sich dieser oder jener Fremdmacht verdanken würde. Freiheit kann durch einen Volkskongress erkämpft und verteidigt werden.“

Öcalan betonte, er werde aus seiner Haft heraus die Realisierung seiner Vorschläge verfolgen, da es ihm darum gehe, weitere Katastrophen und Blutvergießen zu verhindern, die der Bevölkerung im Falle fehlschlagender Entwicklungen drohten. Auch seine eigene Partei, den KADEK, würde er kritisieren, wenn dieser sich einer anderweitigen Politik verschreibe: „In meiner Vorstellung von Sozialismus gibt es keinen Platz für starre bürokratische Apparate und klassische linke Dogmen“.

Öcalan wies ferner darauf hin, dass der Kampf der Kurdinnen und Kurden um Freiheit auch die Türkei aus dem Sumpf der wiederholten Krisen zu ziehen vermöge. Seine Botschaft: „Die Türkei vor der Spaltung zu retten, beinhaltet auch und gerade, dass die Kurdinnen und Kurden sich ihrer Rechte und Freiheiten aktiv annehmen. Wirkliche türkische Patrioten und Demokraten dürfen sich nicht daran festbeißen, eine Lösung des Konfliktes zu verhindern und somit zum Erstarken von Nationalismen auf beiden

Seiten beitragen.“

Der inhaftierte kurdische Politiker rief in Erinnerung, dass die Türkei noch immer keine klare Entscheidung zugunsten der Demokratie getroffen hätte. Sollte diese nicht erfolgen, wäre die unausweichliche Folge ein neuer Krieg. Den jüngsten bewaffneten Zusammenstößen und der Vergewaltigung der kurdischen Frauenrechtlerin Gülbahar Gündüz durch Istanbul-Polizeibeamte entnehme er, dass es innerhalb des türkischen Staates schwere Grabenkämpfe gebe: „Ein nicht zu unterschätzender und weiterhin an Stärke gewinnender Teil will der Demokratie den Weg bereiten, sowohl nach innen als auch mit der Perspektive eines EU-Beitritts. Dies heißt jedoch nicht, dass es nicht auch eine antidemokratische, rassistisch-chauvinistische Fraktion innerhalb des Staates gibt. Sowohl innerhalb der Gesellschaft selbst als auch im Staat haben sich diese letzteren Kräfte eingenistet. Und diese Auseinandersetzung ist kein bloßer Schaukampf oder ein simples Tauziehen. Vielmehr gibt es bereits seit der Republikgründung eine Tradition des Bandenwesens innerhalb des Staates. So organisierten bereits zu Lebzeiten Mustafa Kemals Militärs wie Topal Osman ihre eigenen Machtstrukturen. In den 90er Jahren führten sie bis hin zu einer Erschütterung des Staates in seinen Grundfesten: Staatspräsident Özal wurde 1993 Opfer eines Anschlages und starb später unter dubiosen Umständen, ähnlich wie der ranghohe Militär Esref Bitlis, der sich für die Disziplinierung der Streitkräfte im Rahmen geltenden Rechts ausgesprochen hatte. Sowohl das Bombenattentat gegen meine Person in Damaskus 1996 wie das tödliche Attentat auf den liberalen, antifundamentalistischen Journalisten Ugur Mumcu und der inszenierte Feuertod von über 30 alevitischen, regimekritischen Intellektuellen in Sivas, die durch einen islamistischen Mob bedrängt waren, sind Folgeerscheinungen der Mafiotisierung im Inneren des Staatsapparates.“

Öcalan betonte, die Vergewaltigung von Gülbahar Gündüz sei ein finsterner Angriff, der sich genau in diesem Fahrwasser vollzogen habe: „Bei den Tätern handelt es sich um eine Gruppe mit genügend Macht, um aus dem Inneren des Staates heraus dem Staat Paroli zu bieten. In den Jahren des bewaffneten Konfliktes entführten und ermordeten sie Bürgerrechtsaktivistinnen und -aktivisten. Jetzt lassen sie das Vergewaltigungsopfer bewusst am Leben, um ein abschreckendes Beispiel für die Frauenbewegung zu schaffen. Diese Gruppe ist nach wie vor gefährlich, sie benutzt den Staat, um durch Morde, Vergewaltigung

gen etc. Stoff für neue Konflikte zu schaffen. Dies sind provokative Handlungen mit sehr schwerwiegenden Folgen. Denn die Vergewaltigung einer Frau kommt der Vergewaltigung von Millionen von Frauen gleich. Gündüz ist DEHAP-Aktivistin, und der Angriff auf sie galt allen DEHAP-Mitgliedern. Ich hoffe nur, dass das Schreckgespenst der paramilitärischen Gewalt nicht noch einmal aus seiner Gruft aufsteht. Um eben dies zu verhindern, rufe ich den Staat dazu auf, diese Handlungen effektiv zu unterbinden. Denn schon ein oder zwei weitere Vorfälle dieser Art führen unweigerlich in den Bürgerkrieg. Sowohl die Regierung als auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen müssen diesen Fall zur Sprache bringen, ernst nehmen und aus ihm lernen, um einer weiteren Eskalation vorzubeugen. Eine Politisierung mit dem Ziel der Demokratisierung des Staates ist die wichtigste Gegenmaßnahme.“

„Seit fünf Jahren diskutieren wir, ob unsere Zukunft Frieden oder Krieg bringen wird. Wir haben uns in Geduld geübt. Ich habe über meine Verurteilung zum Tode hinwegzusehen versucht. Noch zu Zeiten meines Aufenthaltes in Syrien habe ich versucht, von unserer Seite aus Vorkehrungen zu treffen, damit Türken und Kurden nicht gegeneinander ausgespielt werden können. Sowohl während meines Europaaufenthaltes als auch über meine Haftzeit hinweg habe ich aus eigener Initiative heraus einen Prozess einzuleiten versucht, der solche Manipulationsbestrebungen durchkreuzt.“

Der weiterhin inhaftierte KADEK-Vorsitzende hat nach eigenen Angaben einen Brief an die türkische Regierung verfasst, in dem er darauf hinweist, dass die aktuellen Diskussionen über einen Gesetzesentwurf zur Wiedereingliederung der KADEK-Aktivistinnen und Aktivisten in die Gesellschaft zu kurz greifen. Insbesondere sei es trügerisch, die Kommandoebene der Bewegung von der Möglichkeit der Wiedereingliederung auszusparen und von allen restlichen AktivistInnen eine regelrechte Kapitulation zu erwarten. Diese Logik laufe darauf hinaus, die führenden Kader in den Bergen zu isolieren und den Rumpf der Bewegung zu zerschlagen. Dieser Ansatz sei faschistoid und somit nicht an der Möglichkeit einer Lösung orientiert, sondern fordere geradezu kriegsartige Auseinandersetzungen heraus. Insbesondere in Verbindung mit der häufigen Verweigerung von Verteidigergesprächen seitens der Behörden ergebe sich durch diese Trennung der KADEK-Führung vom Rest der kurdischen Bewegung das Bild der Umzingelung mit dem Ziel der Liquidierung.

„Dabei hoffen wir doch auf das Gegenteil“, so Öcalan weiter: „Es wird sich allerdings innerhalb weniger Wochen herausstellen, ob von Isolation und Umzingelung abgelassen wird, oder ob eine weitere Einschränkung auch meines Aktionsradius als schleichender Tod zur

Zermürbung unserer Freiheitsbestrebungen betrieben wird. Insbesondere wenn die Repressionen gegen die Bevölkerung und die militärischen Operationen gegen die Guerilla andauern sollten, so ist dies eine Kriegserklärung. Die Bevölkerung wird sich sicher ihre eigene Meinung bilden. Unsere Erwartung jedenfalls besteht nicht in einem Amnestiegesetz, sondern in einem neuen Fahrplan zur Lösung der kurdischen Frage.“

In Anlehnung an die israelisch-palästinensischen Gespräche fordert Öcalan einen Fahrplan ein, der zu Frieden und einer demokratischen Lösung führen sollte. Ein Abbau der bewaffneten Guerillakräfte in den Bergen sei insofern möglich, als der Staat ihnen die Möglichkeit zur Beteiligung an politischen Prozessen im Rahmen der Grundqualitäten einer Vielvölkerrepublik schaffe. Unabhängig von Position oder Vergangenheit solle allen Personen diese Beteiligung ermöglicht werden, die sich zu den Grundprinzipien der Republik bekennen. Personen innerhalb des KADEK oder aus anderen oppositionellen Bewegungen, die sich in diesem Rahmen nicht politisch engagieren wollten, könnten von einem solchen Gesetz durchaus ausgeschlossen werden. Die rechtlichen und politischen Voraussetzungen für eine Partizipation ehemaliger Kämpferinnen und Kämpfer oder politischer Flüchtlinge an demokratischen Prozessen seien im Wesentlichen durch die türkische Regierung zu schaffen, wobei diese sich mit dem KADEK über eventuelle Vermittler wie die USA, die EU oder die UNO verständigen könne, falls dazu Bedarf bestehe.

Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Lösung sei eine intensive und pluralistische Debatte in der türkischen Öffentlichkeit sowie die Förderung vertrauensbildender Maßnahmen. Die Guerillakräfte könnten dann ihre Waffen niederlegen, wenn Gesetze erlassen würden, die ihren Forderungen entsprächen. Er selbst müsse nach seiner Entlassung nicht unbedingt eine öffentliche Funktion übernehmen, sagte Öcalan. Falls sich die Regierung darauf beriefe, dass unter der Bevölkerung starke emotionale Reaktionen vorhanden sind, sei er durchaus bereit, ins Exil zu gehen. Die Rückkehr der bewaffneten Kräfte ins zivile Leben sowie die Freilassung der politischen Gefangenen könne in Stufen vor sich gehen. Insgesamt aber sollte ein solcher Fahrplan bis 2005 abgeschlossen sein – was parallel zur Debatte über den EU-Beitritt der Türkei wäre. Bis Anfang September habe die türkische Regierung Zeit, die Bereitschaft zur Diskussion eines solchen Fahrplans zu signalisieren. Sollten sich gegenteilig militärische Angriffe ereignen, so sei die KADEK-Füh-



Welchen Weg beschreiten die Kurden im irakischen Teil Kurdistans? Bild Mitte: Kurdische Flüchtlinge aus Kirkuk im April diesen Jahres. Bild unten: Kurdische Peschmerga feiern den Sturz des Saddam-Regimes

rung allerdings berechtigt, sich für einen erneuten Guerillakrieg zu entscheiden.

Damit wäre der Friedensmission Öcalans nach 5 Jahren ein Ende gesetzt. In der Natur eines wiederaufflammenden Krieges läge es, dass Angriffe auf die Bevölkerung seitens der Sicherheitskräfte Vergeltungsschläge auf touristische Einrichtungen, Pipelines und wirtschaftliche Ziele nach sich zögen. Daher sei es von dringender Wichtigkeit, der türkischen Bevölkerung die Vermeidbarkeit einer solchen Situation nunmehr in klaren Worten auseinander zu setzen. „Ich bin davon überzeugt, dass die türkische Bevölkerung ein ebenso reelles, ehrliches Bedürfnis nach Frieden verspürt wie die kurdische es tut. Die Staatsführung muss diesem Willen ein Ohr schenken. Die türkische Bevölkerung sollte sehen, dass ich die Aktivitäten der PKK angehalten habe, dass es aber noch Personen gibt, die den Krieg wollen. Dabei bedeutet doch Frieden auch einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise. Ich hoffe, es kommt noch zu

einem wirklichen Frieden. Doch auch andernfalls werden wir keineswegs kapitulieren oder den Kopf senken. Auch meinem Tod bin ich dann in Würde entgegenzusehen bereit. Er wäre ebenso ehrenvoll wie ein Leben für den Frieden. Noch stehen die Chancen fünfzig zu fünfzig!“

Im Einklang mit dem Präsidialrat, dem höchsten Gremium des KADEK, stellte Öcalan folgende Punkte für den Friedensfahrplan auf:

1. Verfassungsrechtliche und gesetzliche Reformen mit dem Ziel, den Kurden und Kurden das Zusammenleben in einer demokratischen Republik unter Wahrung ihrer Identität zu gewährleisten.

2. Aufhebung der weiterhin bestehenden Verbote bezüglich kurdischer Sprache und Kultur. Verwirklichung des Rechtes auf muttersprachliche Bildung in kurdischer Sprache und uneingeschränkte Presse- und Sendefreiheit für kurdischsprachige Medien einschließlich von Fernsehsendern im Rahmen demokratischer Normen. Sämtliche Behinderungen der Pflege kurdischer Kultur müssen aufgehoben und diese aktiv gefördert werden.

3. Eine Rückkehr aller Menschen aus dem Exil und aus den Bergen muss ebenso ermöglicht werden wie die Freilassung aller politischen Gefangenen mit dem Ziel, diese Menschen in das demokratisch-rechtliche System einzugliedern.

4. Aufhebung der Verbote im Bereich Meinungs- und Organisationsfreiheit und Anerkennung demokratischer politischer Rechte. Hier insbesondere Demokratisierung des Wahl- und Parteiengesetzes sowie Dezentralisierung zugunsten der Lokalverwaltungen und Bürger-schaften.

5. Ermöglichung einer Rück siedelung von Binnenflüchtlings und Flüchtlings in ihre Dörfer durch geeignete rechtliche, verwaltungspraktische und wirtschaftliche Vorkehrungen. Aktive und paritätische Beteiligung sowohl der Vertriebenen als auch der verbliebenen Einwohnerinnen und Einwohner an der Planung und Ausführung der Staudamm- und Bewässerungsprojekte im Rahmen des GAP und Unterstützung lokaler Bürgerinitiativen.

6. Auflösung der paramilitärischen Dorfschützerverbände sowie der im Staat eingeregisterten irregulären Bandenstrukturen.

7. Ansätze zu einer Demokratie, wie sie aus der Umsetzung oben genannter Maßnahmen hervorgehen, müssen weiterverfolgt und genauestens umgesetzt werden.

Zur Umsetzung des Fahrplanes schlägt Öcalan die Bildung von zweierlei Komitees vor. Einerseits rät er zu der Aufstellung eines Gremiums nach Vorbild der südafrikanischen Wahrheitskommissionen. Den konkreten Bedingungen der Türkei angepasst könnte ein solches Gremium mit intellektuellen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens be-

setzt werden und müsste permanent arbeiten, um die Aufgabenbereiche einer Kommission für Frieden, Gerechtigkeit und Geschwisterlichkeit zu erfüllen.

Zweitens rät er zur Bildung eines Komitees zur Vermittlung zwischen den beiden Konfliktparteien. Ein solches Komitee für Frieden und eine demokratische Lösung hätte zur Aufgabe, zwecks Verwirklichung von Demilitarisierung und Entwaffnung direkt mit den Konfliktparteien Gespräche zu führen. Auch an diesem Komitee müssen unabhängige Intellektuelle sowie Vertreterinnen und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien beteiligt sein. Dieses Komitee sollte möglichst rasch formiert werden und müsste zunächst Gespräche mit der Regierung führen, um diese zur Anerkennung seiner Funktion zu bewegen. Gleichzeitig könnte dieses Gremium auf Grundlage der Vorstellungen der Konfliktparteien mit der Bitte um Vermittlung und Unterstützung des Konfliktlösungsprozesses an die EU und andere internationale Körperschaften herantreten.

In diesem Zusammenhang begrüßte Öcalan ausdrücklich die aktuellen Vermittlungsversuche der Demokratischen Volkspartei DEHAP und appellierte dringlichst an die demokratischen Kräfte auf türkischer Seite, sich mit ihren eigenen Vorstellungen in diesen Prozess einzubringen.

Da bisher keine klaren und permanenten Modalitäten für einen Waffenstillstand gefunden worden seien, müsse nunmehr zur Verhinderung eines Wiederaufflammens der Kampfhandlungen zunächst einmal die staatliche Seite derartige Vermittlungsangebote und Kompromissvorschläge positiv aufnehmen. Anderenfalls trage die Regierung die Verantwortung für die akuten Gefahren, die sich aus den bestehenden Unklarheiten ergeben.

Durch die Arbeit der beiden genannten Gremien könnte ein konkreter Fahrplan bis zum Jahr 2005 ausgearbeitet werden. Insbesondere die Rückkehr der Kämpferinnen und Kämpfer und Entlassung der Gefangenen könne schrittweise erfolgen.

Ähnlich strukturierte Fahrpläne seien in der aktuellen Situation der Anrainerstaaten auch für die Lösung der ethnischen Konflikte in Irak, Syrien und Iran angeraten, so Öcalan. Unter Beibehaltung der konkreten Eigenheiten jeder Region könnten sich kurdische Gruppierungen zu einem gemeinsamen Demokratiefahrplan für den Mittleren Osten entschließen. „Nationalismen jeder Art bergen Gefahren. Insbesondere, da kurdischer Nationalismus, türkischer Nationalismus, arabischer und persischer Nationalismus gegeneinander ausgespielt werden sollen, ist ein gemeinsamer Fahrplan für die Region ein wirksames Gegengift. Eventuelle kriegerischer Handlungen würden zwar zu erheblichem Blutvergießen und Chaos führen, in

letzter Instanz aber kein anderes Ergebnis hervorbringen als eben die anskizzierte Dialoglösung.“

Mit der Perspektive eines Demokratischen Mittleren Ostens, in dem jeweils ein freies Kurdistan fester Bestandteil der jeweiligen demokratischen Staaten Türkei, Iran, Syrien und Irak sein müsse, wandte sich Öcalan abschließend insbesondere an die türkische Bevölkerung und die Regierungen der genannten Staaten mit dem Appell, die gemeinsame Verantwortung für die Verwirklichung dieser dringend notwendigen Friedenslösung wahrzunehmen.

(Quelle: ISKU)

Zur Lage in den besetzten Gebieten Palästinas

Die Ur-Unlogik

von Amira Hass

Nichts ist logischer, als willkürliche Zeiten festzusetzen, an denen die Palästinenser ihr Haus verlassen dürfen bzw. heimkehren. Nichts ist logischer, als ihnen zu verbieten, mit ihren Erzeugnissen im Pick-up direkt vom Feld auf den Markt zu fahren. Und es ist auch logisch, ihnen zu verbieten, Besuch zu bekommen, Eselskarren oder Fahrrad zu benutzen oder die Eltern ein paar Kilometer entfernt zu besuchen bzw. – „ohne Koordination“ – eine Ziege ins Haus zu bringen, damit die Kinder wenigstens frische Milch haben. Nichts ist logischer, als Palästinenser einzuzäunen – in ihre Dörfer, Wohnviertel, auf ihrem Land – mittels elektronischer Barrieren. Raus darf dann nur noch, wer ein bestimmtes Mindestalter hat. Und was könnte wohl logischer sein, als 19-jährige (israelische) Soldaten als Wachposten an die Tore zu stellen. Manchmal machen sie zur rechten Zeit auf, manchmal aber auch nicht. Diese Soldaten setzen Regeln durch wie diese: 29-jährige dürfen nicht raus, 30-jährige dürfen, Schwangere dürfen raus, Nichtschwangere nicht. Es ist auch logisch, jeglichen Durchgang zu verbieten, sobald der Shin Bet (israelischer Inlandsgeheimdienst) dies urplötzlich für nötig hält. Ausgesperrt sind: ein 65-jähriger, der 1 ½ Kilometer entfernt einkaufen ging, ein junger Mann, der vom Zahnarzt heimkommt, eine Mutter, deren Kinder zu Hause sitzen – nur Kinder unter 21 Monate dürfen raus. Ist doch völlig logisch, einem Palästinenser zu verbieten, an den 300 Meter von seinem Haus entfernten Strand zu gehen, oder? Eine halbe Million Menschen aus den nahen Städten dürfen nicht zum Strand – ganz logisch. Armeekommandeure und Soldaten setzen diese Logik Tag für Tag, Stunde für Stunde um: in Gaza, in der Siafa-Region im Norden und in Mawassi, das liegt in der Mitte des Gazastreifens. Logisch ist es aus folgendem Grund: Die Israelische

Armee (IDF) im Herzen Gazas (das sie entgegen der Oslo-Legende 1994 nicht verlassen hat) hat den Auftrag, für Sicherheit, Ungefährdetheit und Leben jener Israelis zu garantieren, deren Regierung fortfährt, Leute dazu zu ermutigen, auf besetztes Gebiet zu ziehen. Und es ist logisch, weil israelische Regierungen seit den 70ern, Arbeitspartei wie Likud, sich entschieden, im Gazastreifen Juden anzusiedeln – in den wichtigsten freien Gebieten dieses engen Streifens, in den schönsten, den Dünen bzw. an der beeindruckenden Küste, die, anders als der Rest der Gaza-Region mit frischem Wasser gesegnet ist.

Ist doch logisch, Menschen in ihren Häusern u. Dörfern einzusperren, ihre Feldarbeit auf eigenem Grund und Boden zu sabotieren – schließlich subventioniert man andererseits logischerweise die jüdischen Siedlungen, die auf Vorväterland, in Gush Katif und Nord-Gaza, liegen. Es ist logisch, die Häuser der jüdischen Siedler an die Strom- und Wasserversorgung anzuschließen, während man ihren palästinensischen Nachbarn verbietet, sich ans Stromnetz anzuklemmen bzw. ans Wasser- und Abwassernetz. Natürlich klingt das brutal: Leute in ihren Häusern einzuschließen und ihre Obstgärten und Haine zu vernichten, die sie seit Jahrzehnten pflegen. Israel glaubt jedoch, es handle sich um eine logische Brutalität. Sie sei nötig, um die Brutalität der anderen Seite zu verhindern – einen bewaffneten Palästinenserangriff auf einen Kindergarten zum Beispiel oder auf eine Baumschule bzw. eine Landmine auf der Route eines (israelischen) Panzers, der patrouilliert, um diesen Kindergarten, diese Baumschule zu schützen.

Während der Oslo-Jahre fanden sich viele gute Israelis mit dem logischen Gedanken ab, die (israelischen) Siedlungen in Gaza werden „irgendwann“ verschwinden. Aber Politik und Logik sind nunmal nicht identisch. Inzwischen – und noch vor Ausbruch des Blutvergießens im Sept. 2000 – baute man die (israelischen) Siedlungen in Gaza munter weiter u. verbesserte deren Infrastruktur. Die Sicherheit der Siedlungen verlangte, dass die Armee drakonische Bewegungseinschränkungen über 1 Million Palästinenser verhängte. Der nördliche Gazastreifen, mit seinen (israelischen) Mini-Siedlungen, wurde vom Rest des Streifens abgetrennt und von Israel de facto annektiert. Währenddessen appellierten die Vertreter der Palästinenser am Verhandlungstisch weiter an den logischen Verstand ihrer israelischen Verhandlungspartner – erfolglos. Die Zahl der Siedlungen in Gaza nahm im Gegenteil weiter zu. Warum sollten die Siedler auch gehen? Man

subventionierte sie, ihre Infrastruktur wurde immer besser, sie bekamen gute Straßen und einen expandierenden Markt für ihren wurmfreien Kopfsalat. Und warum hätte die (israelische) Regierung die Siedlungen auflösen sollen, wo doch die Palästinenser Verträge unterzeichneten, in denen die Auflösung der Siedlungen gar nicht vorkam? Das Schweigen der meisten Palästinenser über die meiste Zeit bewies den Israelis, sie könnten Frieden und Siedlungen gleichzeitig haben. Dieses Schweigen entthob die Israelis auch der Pflicht, sich mit jener Ur-Unlogik und Urgrausamkeit auseinanderzusetzen: dem Siedlungsbau. Die (israelischen) Regierungen nutzten das Schweigen der Palästinenser, um mit dem Ausbau der Siedlungen fortzufahren. Nach dem September 2000 gilt u. galt: Was die (palästinensischen) Appelle an die Logik nicht bewirken konnten, werden bewaffnete Angriffe erst recht nicht bewirken. Israel wird sich keinesfalls dem Terror beugen.

Schon bevor die erste Kassam-Rakete auf Sderot abgefeuert wurde, erschoss die israelische Armee Menschen, die es wagten, den (israelischen) Siedlungen bzw. den Wehreinrichtungen, die sie schützen, zu nahe zu kommen. Einige der Getöteten waren bewaffnet, bei vielen handelt es sich jedoch um einfache Schäfer und Bauern bzw. um deren Steine werfende Kinder. Alles Bauernland um die Siedlungen herum wurde kahlrasiert – beharkt, eingeebnet, zerstört – um den Soldaten, die die Siedlungen schützen, freie Sicht zu geben. Wie logisch.

Quelle: Ha'aretz / ZNet 27.07.2003

Die 1956 in Jerusalem geborene Amira Hass ist nicht die einzige israelische Journalistin, die aus den palästinensischen Gebieten berichtet. Doch ist sie die einzige unter ihren KollegInnen, die dort nicht nur arbeitet, sondern auch lebt. Sie hat vier Jahre in Gaza City verbracht hatte und zog 1997 nach Ramallah. So hat sie täglich einen direkten Einblick in das von der Besatzung und der Intifada gleichermaßen geprägte Leben der palästinensischen Bevölkerung.

Amira Hass neues Buch ‚Gaza‘ erscheint jetzt auch auf Deutsch



Grenzmauer bzw. -mauer, die Israel gegen die Westbanks abschottet und z.T. weit auf palästinensischem Gebiet liegt

Anne Dufourmantelle / Antonio Negri

Rückkehr

Alphabet eines bewegten Lebens

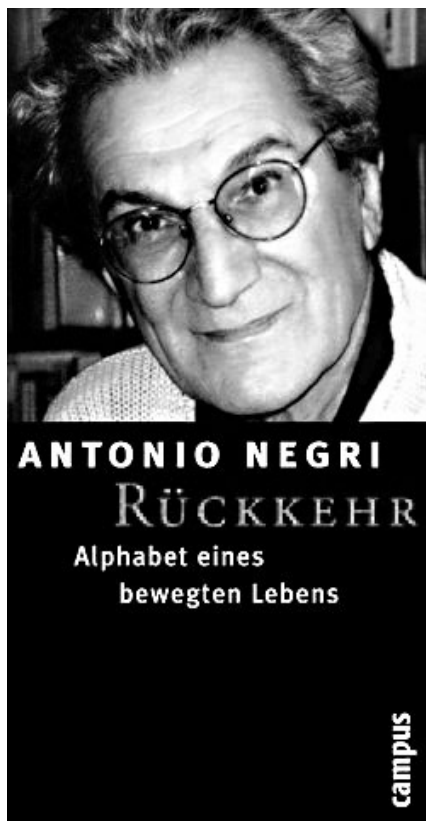
Das Erscheinen von Empire II ist angekündigt. Wer sich zur Lektüre des ersten Bandes bisher nicht entschließen konnte, dem bietet die im Frühjahr dieses Jahres in deutscher Übersetzung erschienene Biografie einen weniger aufwändigen, aber aktuellen Überblick über Negris Auffassungen. Die Biografie oder besser Reflexion über die eigene Biografie geschieht anhand von Stichworten von A bis Z und basiert auf langen Interviews, die die französische Journalistin Anne Dufourmantelle nach dem 11. September 2001 mit Negri geführt hat. Am Schluss ist noch ein Interview von Thomas Atzert mit Antonio Negri vom Januar dieses Jahres angehängt, in dem es wesentlich um die Bewertung der damals stattfindenden Vorbereitungen auf den Irak-Krieg geht.

Der Stichwortkatalog als Methode einer Biografie mag zunächst abschreckend wirken, zeigt sich aber geeignet, um über kurze Einblicke in das Leben Negris Aufschluss zu gewinnen über wesentliche Einflüsse aus Politik und Philosophie, seine Auseinandersetzungen mit dem politischen und privaten Umfeld, seine Lebenserfahrungen und Verarbeitung all dessen in eine politische Theorie.

Ein Beispiel: F wie Faschismus: „Es gibt Leute, die behaupten, auch der Faschismus sei eine Form der Organisation der Menge. Ich halte diese Vorstellung für falsch, denn wenn die Multitude faschistisch wird, so, weil sie darauf beschränkt wird, Masse zu sein, einsam zu sein. Die Menge kann nur faschistisch werden, wenn man ihre Besonderheit zerstört, die Tatsache, dass sie ein Geflecht von Singularitäten ist, in dem eine Vielzahl irreduzibler Tätigkeiten zusammenwirken. Der Faschismus ist immer eine Negation dieser Potenz, eine Enteignung, außerhalb des gemeinsamen Seins. Jeder Faschist schürt den Hass auf Andere, verherrlicht die Gewalt als Mittel gegen alle Widrigkeiten der Welt, verdammt die Unterschiede, bejubelt eine Ordnung der Vergangenheit ... Der Faschismus, jeder Faschismus wendet sich als Zerstörung gegen die Bewegung des Lebens, gegen das Glück und die Vielfalt, die sie begründet.“

Oder ein anderes Beispiel über den Zusammenhang von Krieg und Empire:

„Nun, im Empire, gibt es keinen Krieg mehr, der Krieg ist zu Ende. Es hat einen Hauch von Provokation, das so zu formulieren, aber ich bin tatsächlich überzeugt, dass die alte Form von Krieg, also Nationalstaat gegen Nationalstaat, das Leben opfern, um die Grenzen zu verteidigen, den Einzelnen opfern, um das Volk zu retten, dass dieser Krieg am Ende ist. Wenn man noch einmal die Arbeiten Foucaults über den Krieg liest, findet man ei-



ne bemerkenswerte Antizipation: Es handelt sich nicht einfach um eine Umkehrung des Paradigmas von Clausewitz, sondern es ging darum, es zu wenden wie einen Handschuh. So findet man das Empire. Heute stellt sich uns die Aufgabe, den Krieg im imperialen Zusammenhang neu zu bestimmen. Wie wird heute Krieg geführt? Gegen wen wird heute Krieg geführt? Was wird heute verteidigt? Und was unterscheidet eine weltweite Polizeioperation, also die Administration, die Machtausübung im imperialen Raum, von dem, was Zeitungen gewöhnlich, „Krieg“ nennen?“

Antonio Negris Analyse des globalisierten Kapitalismus, die er zusammen mit Michael Hardt 2000 unter dem Titel „Empire“ vorgelegt hat, ist natürlich mit seiner Biografie verbunden. Seine Thesen zum Übergang der kapitalistischen Disziplinargesellschaft (Fordismus) zur kapitalistischen Kontrollgesellschaft (Toyotismus) und die Nachvollziehung dieser Entwicklung anhand der Entwicklungen im italienischen Norden (Lombardei) mögen gewissen wissenschaftlichen Ansprüchen nicht immer genügen. Nur sind solcherlei Ansprüche an eine Biografie auch nicht zu stellen. Interessanterweise gelingt Negri durch die Methode Frage und Antwort die Darlegung bestimmter Sichtweisen sogar prägnanter und nachvollziehbarer, als es im „Empire“ gelungen ist.

Wer also sich nicht mit einer „aufwändigen Theorie“ auseinandersetzen mag, keine übertriebenen Ansprüche an eine Biografie stellt, der entdeckt in dem Büchlein manch interessantes Fragment, was zur Gegenüberstellung mit den eige-

nen Lebenserfahrungen reizt, insbesondere wenn diese eigenen Lebenserfahrungen auch durch die Geschichte der Neuen Linken in Europa geprägt sind.

brr

Antonio Negri / Rückkehr, Alphabet eines bewegten Lebens, erschienen im Campus-Verlag, (ISBN 3-593-37242-8)

Vom Henlein-Clan zum „Sudetendeutschen Freikorps“

Von Franz-Karl Hitzte

Über Ursprung und Entwicklung der sudetendeutschen Anschlussbewegung hat jetzt Emil Hruška, Plzen (ČR), eine umfangreiche Studie verfasst. Sie trägt den Titel: „Sudetendeutsche Kapitel“. Dem Autor geht es vor allem darum, die Gründe für die Einführung der Begriffe „Sudeten“, „sudetendeutsch“ und „Sudetenland“ und die mit ihnen verbundenen ideologischen und politischen Assoziationen und Folgerungen darzulegen. Er kommt zu der Auffassung, dass diese Begriffe „nicht einmal ihren unmittelbaren Trägern, geschweige den jüngeren Generationen von Historikern, Publizisten und Studenten ausreichend bekannt“ sind.

Eine erschreckende Feststellung, wenn man bedenkt, mit welcher Leichtigkeit heute von der politischen Elite mit diesen offensichtlichen Kampfbegriffen umgegangen wird. Hruška geht weit in die Geschichte zurück. Nach Meinung des „sudetendeutschen“ Historikers Heinrich Kuhn, schreibt Hruška, sind die Sudetendeutschen als Volksgemeinschaft der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien in die Geschichte eingetreten. Ein anderer, Franz Jesser, beziffert dieses Ereignis in einem Artikel auf das Jahr 1902. Dieser Artikel soll in der Prager Zeitschrift „Deutscher Volksbote“ im gleichen Jahr veröffentlicht worden sein. Das Kuriose an der Sache ist, dass man diesen Artikel nie gefunden hat. Bekannt ist lediglich, dass erst nach dem Ersten Weltkrieg diese Begriffe in den politischen Sprachgebrauch im Zusammenhang mit den oppositionellen Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien eingeführt wurde.

Der Autor der Studie, ein promovierter Jurist und bekannter Publizist, gliedert seine Arbeit in fünf Kapitel. Sehr ins Detail gehend und mit sehr viel bisher unbekannten Fakten untersucht er vornehmlich die Zeit, als die deutschen Nationalsozialisten die deutschen Bürger in diesem Raum für ihre antiszechoslowakische Politik missbrauchten. Die Ent-

stehung des „Kameradschaftsbundes“ (KB), die Gründung der „Sudetendeutschen Heimatfront“ (SHF) und die Rolle der „Sudetendeutschen Partei“ (SdP) auf dem Territorium der ČSR werden gründlich untersucht. Nicht nur das. Hruška schildert die verschiedenen Strömungen in diesen Organisationen und den Einfluss der NSDAP. Es wird die Bildung militärischer Verbände, des sogenannten „Sudetendeutschen Freikorps“ berichtet. Auch über die gezielte Spionagetätigkeit für die Nazis ist einiges nachzulesen. Die Spionagezentrale der SdP befand sich im bayrischen Selb, in der Franz-Heinrich-Str. 21. Ein Narr, der dabei Böses denkt. Viele der Führer dieser Organisationen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland wieder aktiv und gründeten die „Sudetendeutsche Landsmannschaft“.

Der Studie ist eine umfangreiche Dokumentensammlung beigelegt. Hier ist der Aufruf Konrad Henleins zur Gründung der „Sudetendeutschen Heimatfront“ zu finden, ebenso wie sein Brief an Konstantin von Neurath vom 19. November 1937, den damaligen Außenminister des Deutschen Reiches.

Das Buch ist eine Fundgrube an historischen Fakten und eindeutigen Beweisen für die nazistische Vergangenheit der oben genannten sudetendeutschen Organisationen während des Zweiten Weltkrieges. Es wird sicherlich von den Oberen der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ versucht werden, das Buch totzuschweigen.

Emil Hruška: Sudetendeutsche Kapitel – Studie zu Ursprung und Entwicklung der sudetendeutschen Anschlussbewegung / GNN-Verlag Hamburg, 2003, bf., 124 Seiten, Herausgegeben von der Redaktion Deutsch-Tschechische Nachrichten München / Juni 2003 / Preis 5,00

DTN

Deutsch-Tschechische
Nachrichten

Dossier

Nr. 2 Juni 2003

Sudetendeutsche Kapitel

Studie zu Ursprung und Entwicklung der
sudetendeutschen Anschlussbewegung

Von Emil Hruška

Herausgegeben von der Redaktion
der Deutsch-Tschechischen Nachrichten

1.-6. August, Münster: *Die Welt ist rund...* 2. Attac-Sommerakademie, Themenschwerpunkte: 1. Wer regiert die Welt? 2. Arbeit ohne Grenzen 3. Macht Demokratie! „Die Sommerakademie soll eine Verbindung zwischen ‘Expertisen-Vermittlung’ und ‘Mitmach-Akademie’ sein. Das heißt, dass das Konzept sowohl die intensive Vermittlung von Fachwissen durch (internationale) ExpertInnen als auch die aktive Beteiligung der TeilnehmerInnen nach dem Motto ‘Lernen voneinander und miteinander’ zum Ziel hat. Es finden verschiedene Veranstaltungsformen statt: Workshops, Vorträge, offene Diskussionen, Podiumsveranstaltungen u.a. Darüber hinaus gibt es ein Rahmenprogramm mit Konzerten, Stadtführungen, Sport und einem Markt der Möglichkeiten.“ Sozialismus und WISSEN-Transfer veranstalten am 2.8. im Rahmen der Sommerakademie eine Plenumsdiskussion über Weltunordnung und Neuen Imperialismus, u.a. mit Joachim Bischoff, David Harvey, Arno Klönne, Mohssen Massarrat. Info: Attac-SOAK-Büro im Institut für Soziologie der Universität Münster, Scharnhorststr. 121, Raum 508, 48151 Münster; Tel. 0251/832 4835 www.attac.de

6. August, weltweit: *Gedenktage anlässlich des Abwurfs der ersten Atombombe auf Hiroshima.* Bundesweit finden in zahlreichen Städten Gedenk- und Mahnveranstaltungen statt. Näheres bei „Termine“ unter: www.friedenskooperative.de

7.-10. August, Sondershausen: *Linke Sommerschule* der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung. Kurs Wirtschaft: Bauwirtschaft und kommunale Politik; Kurs Philosophie: Öffentlichkeit und Massenmedien; Kurs Geschichte: Linke Bildungs- und Schulkonzepte im 20. Jahrhundert. Die ausführliche Ankündigung findet sich in den Politischen Berichten Nr. 14 auf S. 22f. Anmeldung bei: Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21, eMail: gnn-hhsh@hansenet.de oder für Teilnehmer/innen aus den östlichen Bundesländern: Dr. Heide Wildauer, PDS-Fraktion im Thüringer Landtag, Tel. 03 61 / 377-26 09, eMail: wildauer@pds-fraktion-thueringen.de

8. August, Berlin: Gemeinsame Klausur von PDS-Parteivorstand und Programmkommission: *Beratung über den Programmmentwurf*, der dem Parteitag vorgelegt wird

29.-30. August, Hannover: *Militärmacht Europa?* – Friedenspolitische Alternativen – 2. Friedenspolitischer Kongress, Veranstalter: Friedensbüro Hannover, DFG-VK Niedersachsen/Bremen, BI Sozialismus, Pax Christi Hannover, Internationaler Versöhnungsbund Gruppe Hannover, VHS Hannover, ge-

werkschaftliche Gruppen u.a. Hannover, Soziokulturelles Zentrum Pavillon, Lister Meile 4, www.friedenskongress-hannover.de

30. August, Berlin: Veröffentlichung der Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung zur 2. Tagung des 8. Parteitag

1.-5. September, Bielefeld: *Grundlinien einer alternativen Wirtschaftspolitik.* ver.di-Bundesschule in Bielefeld, Sommerschule der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, u.a. mit Hermann Bömer, Heinz J. Bontrup, Rudolf Hickel, Jörg Hufschmidt, Wilfried Kurtzke, Mario Leonhardt, Norbert Reuter, Ingo Schmidt, Margit Schratzenstaller, Klaus Steinitz, Axel Troost und Joachim Trube, Info: Tel. 0421/9414480. www.memo.uni-bremen.de/memorandum@t-online.de

5. bis 7. September, Leipzig: *Parteireformkonferenz der PDS*

12.- 13. September, Frankfurt a.M.: *Spur der Gewalt:* 30. Jahrestag des Pinochet-Putsches. Historisch-politische Konferenz, unterstützt vom DGB-Landesbezirk Hessen/Thüringen. Ort: Gewerkschaftshaus. U.a. spricht Horst Schmitthenner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, über die Bedeutung der internationalen Solidarität für die Politik der Gewerkschaften. Referate von Maria Rojas (Havanna) und Dieter Boris (Marburg) zur Entwicklung der sozialen Kämpfe in Lateinamerika seit 1973. Referat von Holger Gorr (Frankfurt) über die Jahre 1973 bis 1975 als Epochenäsur, auch aus tarifpolitischer Sicht. Außerdem wird Dieter Hooge, ehem. DGB-Landesbezirksvorsitzender, am 11.9., dem Jahrestag des Putsches, um 18 Uhr im Rahmen einer Kundgebung auf dem Opernplatz sprechen. 19 Uhr Vortrag von Bischof Helmut Frenz in der Katharinenkirche. Anmeldung: Verwaltungsstelle Frankfurt der NGG, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, 60329 Frankfurt

20. / 21. September, Kassel: Bundestreffen der PDS-AG Betrieb & Gewerkschaft

21. September, Bayern: *Landtagswahl*

27. September, Berlin: *Freier Handel mit Bildung?* Internationaler Workshop zu GATS und die Zukunft der öffentlichen Bildungssysteme, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der sich mit dem Thema „GATS und die Zukunft der öffentlichen Bildungssysteme“ beschäftigen wird. Er findet am 27. September 2003 im Konferenzsaal der Stiftung in 10243 Berlin, Franz-Mehring-Platz 1 (Nähe Ostbahnhof), statt und wird gemeinsam mit Helle Panke e.V. durchgeführt. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Feleknas Uca (Mitglied des Europäischen Parlaments), Prof. Dr. Christoph Scherrer (Universität Kassel, Verfasser mehrerer Gutachten), Ulrich Thöne (Vorsitzender des GEW-Landesverbandes Berlin), Jürgen Klausenitzer (Bildungsökonom und Publizist, Frankfurt / Main), Nico Hirtt (Herausgeber und Chefredakteur der belgischen Zeitschrift „Die demokratische Schule“), Horst Bethge (Sprecher der AG Bildungspolitik bei der PDS, Hamburg), Dr. Andreas Keller (FU Berlin), Prof. Dr. Christa Uhlig (Mitherausgeberin des Jahrbuches für Pädagogik 2002, Berlin). Für Rückfragen steht Volker Eichstedt, Rosa-Luxemburg-Stiftung, zur Verfügung. Tel.: 030 / 44 310 150.

TOPTHEMA IM NEUEN HEFT

GENTEC

Medizin-Offensive von BAYER.

STICHWORT BAYER

Widerstand gegen Konzernmacht.
Konkret, spannend, international.

Fon 02 11 - 33 39 11 Fax 02 11 - 33 39 40
 e-mail: CBGnetwork@aol.com www.CBGnetwork.org

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...